

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 74

April/Mai 2015



**Dialogforum Schiene Nord
Celle solar - Klimaschutzfonds**

INHALT

Dialogforum Schiene Nord

Die Konsensmaschine läuft	3
Interview mit Dr. Michael Wilk, Wiesbaden	
Wie Protest manipuliert wird	6
Bürgerdarlehen und Dachbörse	
Here comes the sun (doo doo doo dooo)	8
Klimaschutzfonds der Stadt Celle schrumpft	
CÜN GmbH reduziert Zuschuss	9
Fahrradklima-Test 2014 des ADFC	
Celle holt nur die Gesamtnote 3,8	11
Meldungen	12
Laternengespräche	
Halbstark, oh Baby Baby halbstark	14
Im Wald & auf der Heide / Vegan-Guerrilla	16
Resolution zu Freihandelsabkommen TTIP	
Im Mai im Celler Stadtrat	17
Gregor Kritidis zur Situation Griechenland / EU	
Konstruktive Mehrdeutigkeit	19
„... melde ich mich als von den Nazis Geschädigter“	
Frühe Berichte von der Verfolgung	21
Es gibt ein Leben nach der zweiten Liga?	
Joseph O'Connor & Nick Hornby	24
Kunst im Kasten – kalkulierte Entgleisungen	
Basseler-Ausstellung im Kunstmuseum	25
Andreas Babel: Kindermord im Krankenhaus	27
Tim Mitchell Band am 20. und 21. April in Celle	
Papa was a rolling Stone	28
NSU-Prozess / Gesetzlicher Mindestlohn	29
Kino 8 ½	30
Termine Kultur & Politik	31



„Revista ist spanisch und heißt Zeitung, und genau das sind wir, eine Zeitung.“

Hallo,

ein Leser fragt, warum die Beiträge in REVISTA nicht namentlich unterzeichnet werden, und betrachtet dies „als einen Mangel, der die Glaubwürdigkeit beeinträchtigt“.

Silke Burmester schrieb vor 14 Jahren mal in der taz: „Kann sich irgendjemand an die Zeiten erinnern, in denen *Der Spiegel* noch ohne Autorennennung seine Artikel veröffentlichte? Nein, nicht wegen der alten Nazis, die dort schrieben, sondern weil die Person hinter dem Produkt zurücktrat. Weil der Inhalt mehr zählte, als die Profilierung des Individuums. Das waren natürlich harte Zeiten für die von Gott gesandten Schreiberlinge des damals noch konkurrenzlosen Nachrichten-Magazins.“

Bei uns ist's so: Artikel, die nach Diskussion und ggfs. Veränderungen die Zustimmung aller Redaktionsmitgliedern finden, gehen ohne Namensnennung ins Heft. Bei Artikel „von außen“ wird in der Regel ein Kürzel oder ein Name daruntergesetzt. Darunter gibt es dann auch Leute, die es für ihren Lohnerwerb abträglich erachten, namentlich in einem „meinungsstarken“ Blatt zu veröffentlichen.

Wir nehmen diesen Hinweis aber mal auf, um Euch aufzufordern, uns mit Fotos und Artikeln zu unterstützen – egal ob mit oder ohne Namensnennung.

Dass ein Verzicht auf die Nennung von Autorennamen die Glaubwürdigkeit beeinträchtigt, können wir nicht nachvollziehen.

Bis denn – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,
 Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Betroffene fordern eigene Sachverständige

„Das Aktionsbündnis gegen Trassenneubau verzichtet auf jeglichen Protest vor der Union in Celle. Wir konzentrieren uns auf den Dialog in der Union!“ Das verkündete das Celler Aktionsbündnis zum Auftakt des „Dialogforum Schiene Nord“ am 13. Februar. Andere Initiativen nutzten den Auftakt hingegen für ihren Protest (siehe Fotos). Die Konsensmaschine läuft – aber noch nicht wie geschmiert.

Das „Dialogforum Schiene Nord“ ist von Beginn an ein hoch professionelles Unterfangen zur Herstellung von Akzeptanz. Akzeptanz wofür? Dafür, dass die deutschen Seehäfen eine bessere „Hinterlandanbindung“ bekommen. Immer mehr und mehr Güter sollen von Süddeutschland zu den Häfen und von den Häfen nach Süddeutschland transportiert werden – am Besten auf der Schiene. Doch da behauptet die Bahn Kapazitätsengpässe, so dass nach Auffassung von Wirtschaft und Politik Streckenneu- oder Ausbauten in Niedersachsen her müssen. Den betroffenen Bürger*innen wie auch den Kommunalverwaltungen passt das verständlicherweise nicht. Denn für sie gibt es nur Nachteile. Proteste von Bürgerinitiativen und Resolutionen kommunaler Gremien machen zumindest eins klar: Nicht vor unserer Haustür.

Rot-grün will ein Ergebnis

Das „Dialogforum“ ist lange geplant, schon vor zwei Jahren verständigte sich die rot-grüne Landesregierung im Koalitionsvertrag auf eine Bürgerbeteiligung:

„Die rot-grüne Koalition verfolgt das Ziel, Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und die Binnenwasserstraßen zu verlagern. Dazu ist es zunächst dringend erforderlich, die Schienenstrecken für den Hafenhinterlandverkehr auszubauen. Zur geplanten Y-Trasse werden zurzeit von der Bahn Alternativen geprüft. Wir werden diese Alternativenprüfung konstruktiv begleiten und für eine transparente Bürgerbeteiligung sorgen. Die rot-grüne Koalition betrachtet nach den heutigen Erkenntnissen den Ausbau des Bestands von DB- und NE-Bahnstrecken vor allem auch zur Entkoppelung von Güter- und Personenverkehren als realistischer als große Neubauvorhaben auf bisher nicht bestehenden Trassen. Dies betrifft z.B. die Strecke Rotenburg-Verden und die Amerika-Linie. Eine leistungsfähige Hafenhinterlandanbindung wird schnell benötigt.“ (Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Niedersachsen – Koalitionsvertrag ..., S. 62)

Der Niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies machte seinerseits zu Beginn des „Dialogforums“ deutlich, was er (= die Landesregierung) sich davon verspricht. Er will ein Ergebnis: „Zur Lösungsfindung gehört eine breitmögliche Akzeptanz und dazu gehört auch das Nachvollziehen und das Akzeptieren von Daten und Fakten.“ Und „Akzeptanz“ heißt für ihn hinsichtlich des

Ergebnisses vor allem eins: „Das ist dann auch verbindlich, da geht dann nicht mal eine neue Debatte los. Dann brauchen wir das nicht machen.“

Das Land will etwas haben für sein Geld. Die Veranstaltung kostet rund 600.000 Euro. Und dafür sollen dann jene, denen das Ergebnis am Ende nicht passt, wenigstens die Klappe halten.

Misstrauen gegenüber Prognosen

An einem Punkt trauen die BI-Vertreter*innen Bahn und Bundesverkehrsministerium aktuell gar nicht. Sie stellen die Verkehrsprognosen in Frage. Aber um das „professionell“ machen zu können, wurde erneut die Forderung nach unabhängigen Sachverständigen aufgestellt.

Rainer Rempe, Landrat im Landkreis Harburg: „Wir haben jetzt schon relativ viel gehört zu Prognosen, die den Varianten, die uns alle beschäftigen, zugrunde liegen. [...] Aber ich bin kein Verkehrsexperte und andere sind es auch nicht. Sie treffen Annahmen und diese Annahmen können wir glauben, wir können es auch nicht tun. Wenn ich mit Verkehrsexperten spreche, gibt es nicht wenige, die zu anderen Annahmen kommen und zu anderen Prognosen kommen. Der Minister hat gesagt, hier geht es darum, einen Dialog auf Augenhöhe zu füh-



ren. Wie ist es möglich, einen Dialog auf Augenhöhe zu führen, wenn wir gar nicht in der Lage sind, aus eigener Anschauung qualifiziert das, was sie zugrunde legen, in Frage zu stellen? Dann können wir das nur, indem wir selber Externe beauftragen, entsprechend qualifiziert gegenzuargumentieren. Und dann sind wir natürlich auch wieder bei der Frage der Kosten.“

Der Lüneburger Landrat Manfred Nahrstedt unterstützte ihn mit ausdrücklicher Bezugnahme auf den rot-grünen Koalitionsvertrag. Dort ist zu lesen: „Dieser Planung und Realisierung begleitende Diskurs darf nicht von finanziellen Möglichkeiten der unmittelbar Betroffenen abhängig sein. Deshalb wird ein Budget für eine un-

abhängige fachliche Begleitung zur Verfügung gestellt. “

Warum ist das so wichtig? Alle anderen Expert*innen, die zu Wort kommen und befragt werden können, sind interessengebunden. Sie sind beschäftigt bei den Ministerien und der Bahn oder sie haben für diese als Auftragnehmer Gutachten erstellt. Und zu ihrem Job gehört es auch, Dinge zu – sagen wir mal – verschleiern oder zumindest „schönzureden“, wenn sie den Auftraggebern nicht in den Kram passen. Und es bedarf auf der anderen Seite eben einer gewissen Kompetenz, um zu bemerken, wo der Hase im Pfeffer liegt.



Und genau deshalb will die Betreiberseite das bisher nicht zugestehen. Wirtschaftsminister Lies (auf dem Foto mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Lühmann im „Bürgerdialog“) versuchte in seiner Begrüßungsrede, das Problem so wegzudrücken: *„Wir haben eine große Menge Sachverstand hier in der Runde [...] Sachkompetenz, die wir haben von Land, Bahn, Bund [...] Wenn sich aus den Diskussionen im Forum Punkte ergeben, die sich nicht klären lassen, dann sind wir an der Stelle zu überlegen: Brauchen wir andere Mittel, das aufzuarbeiten?“* Nennen wir's mal beim Namen: Das ist reine Verarsche. Und wie merkwürdig: Es ist ein klarer Bruch der Versprechen des Koalitionsvertrags. Trotzdem gibt's aus dem Landtag bisher keine einzige kritische Stellungnahme, weder von Regierungs-, noch von Oppositionsfraktionen. (Was uns – in Klammern – zu der Bemerkung in Richtung „Aktionsbündnis“ veranlasst: Politiker*innen sind selten Bündnispartner*innen.)

Wachstum führt zu Engpässen

Aber welche Zahlen sind eigentlich strittig? Es geht im Kern um die Bedarfsprognosen im Rahmen der „Bundesverkehrswegeplanung“. Jürgen Papajewski, Referatsleiter aus dem Bundesverkehrsministerium, stellte einige Eckpunkte im „Dialogforum“ vor:

Der Personenverkehr (in km) soll bis 2030 um insgesamt 13 % wachsen, davon 19 % bei der Bahn (und - nebenbei - 65 % beim Luftverkehr).

Im Güterverkehr wird sogar ein Wachstum von 38 % prognostiziert. Bei der Bahn um 39 %, bei der Straße um

39 % und bei der Binnenschifffahrt um 23 %.

Bei den Nordseehäfen werden Steigerungsraten von 3 % pro Jahr, bei den Ostseehäfen um 2 % pro Jahr zugrunde gelegt. Für die beiden größten Nordseehäfen Hamburg und Bremerhaven wird nahezu eine Verdoppelung des Umschlags vorausgesagt.

Das hätte erhebliche Konsequenzen für die Belastung des Schienennetzes. Auf einer Folie des Verkehrsministeriums dazu heißt es: *„Die Engpassanalyse des Bezugsfalls 2030 zeigt Probleme insbesondere zwischen Lüneburg und Celle (Überlast von ca. 140 Güterzügen pro Tag) sowie zwischen Nienburg und Verden (Überlast verursacht durch ca. 60 Züge pro Tag). Es fehlen also zwei Gleise in Nord-Süd-Richtung.“* Letzterem liegt die Behauptung zugrunde: *„Die Verkehrsströme von und nach Hamburg kommen insbesondere aus Lehrte (Mega-Hub), CZ (über Dresden), Rhein-Main-Gebiet, Rhein-Neckar-Gebiet, Stuttgart, München, Nürnberg.“* Danach geht es also um den Gütertransportbedarf der Exportwirtschaft.

Grundlage des Ganzen sind „gesamtwirtschaftliche Strukturdaten“, die vom ifo Institut, Niederlassung Dresden, in Kooperation mit der Helmut-Schmidt-Universität (Hamburg) prognostiziert wurden. Danach wird für das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) ein Wachstum um 1,14 % pro Jahr erwartet und für den Außenhandel Deutschlands Zuwächse in Höhe von 3,6 % bzw. 4,0 % pro Jahr. Mit diesen Daten steht und fällt die ganze Betrachtung.

Dialog = Verantwortung fürs Ganze?

Und selbstverständlich steht und fällt die ganze Betrachtung auch in Bezug auf die Antworten auf die Frage: Wie wollen wir leben? Aber die spielt im Dialogforum überhaupt keine Rolle. Im „Ergebnisbericht des Expertendialogs“ des 2011 von der Bundeskanzlerin initiierten „Dialogs über Deutschlands Zukunft“ spielt Nachhaltigkeit eine große Rolle: *„Nachhaltig ist unsere Wirtschaft erst dann, wenn sie die Bedürfnisse der heutigen Generationen befriedigt, ohne diejenigen der künftigen Generationen zu gefährden.“* Kann das gelingen mit immer mehr Verkehr?

Im Dialogforum findet dieser Aspekt nur statt in einer positiven Wendung, auf die die Teilnehmer*innen schon in der ersten Runde festgenagelt wurden. Bei der Auswertung meldete sich Andreas Schmidt, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft niedersächsischer Seehäfen (also eine Lobby-Organisation), zu Wort: *„Die Prognose, die hier zugrunde liegt, ist letzten Endes der Wachstumsprozess der Weltwirtschaft. Entweder wir wollen an diesem weiter teilnehmen zum Wohlstand unserer Volkswirtschaft und unserer Bürger oder nicht. Was ist hier die Grundlage?“* Und Jürgen Krumböhrer, Erster Kreisrat des Landkreises Lüneburg, sprang ihm gleich zur Seite: *„Ich denke es gibt eine Chance in diesem Dialog auf einen Konsens - und zwar wenn man die Frage zweiteilt. Die erste Frage ist doch die: Brauchen wir eine Lösung für das Problem Entwicklung Hamburger Hafen, brauchen wir eine Lösung für das Problem, wie die Güter nach*



Süddeutschland kommen. Und ich kann mir vorstellen, dass viele hier im Raum sagen werden: Jawohl, das brauchen wir. Und das ist eine ernstzunehmende Chance für einen, wie ich finde, auch öffentlichen Konsens in diesem Gremium. Und das wäre ein starkes Signal.“ Der Moderator der Veranstaltung, Jens Stachowitz von der Düsseldorfer PR-Agentur vom Hoff, nahm das dankend auf. Er habe bei den Rückmeldungen registriert: *„Wir sind uns der Verantwortung für unseren Staat, für die Bewältigung der Güterströme bewusst - und dass Sie aktiv an einer Lösung mitwirken. Und möglicherweise ist das einer der Kernsätze, die wir vielleicht am Schluss in unserem Bericht werden stehen haben werden.“*

Ja – das wäre doch zu schön für die Planer und Betreiber, wenn wir alle einsehen, dass irgendwer von uns für die „Bewältigung der Güterströme“ künftig eben mit Lärm und Umweltbeeinträchtigungen leben muss.

Das nächste Treffen des „Dialogforum Schiene Nord“ findet am 24. April statt. Die Sitzung lässt sich auch im Livestream verfolgen – ebenso steht die Aufnahme der ersten Runde in der Mediathek zum Abruf unter: <http://www.dialogforum-schiene-nord.de/mediathek>

Protest in Celle?

In der Stadt Celle rührt sich erstaunlicherweise wenig – haben die Anlieger*innen nicht mitbekommen, was ihnen droht. Vorwerk ist im Aktionsbündnis Trassenabsage wenigstens noch mit der Ortsbürgermeisterin Iris Fiss vertreten. Im Ortsteil Hehlentor, wo Anwohner*innen in der Straßen Am Wasserturm, Hüttenstraße, Alte Hüttenstraße und Lindenstraße bei einer Realisierung der SGV-Y-Trasse auf Lärmschutzwände schauen dürften, die ihnen den Lärm aber trotzdem kaum vom Hals halten werden, rührt sich wenig. Nirgendwo ist in den Gärten das X des Trassenbündnisses aufgestellt.

Darauf zu vertrauen, dass es eine Resolution des Stadtrates schon richten wird, dürfte genauso fatal sein, wie während des Dialogforums so zu tun als herrsche eine „Friedenspflicht“. Das Bild oben macht deutlich, dass im Stadtteil Hehlentor Wohngebiete betroffen sein werden. Unten links Am Wasserturm, unten rechts die Hüttenstraße.



Wie Protestbewegungen manipuliert werden

Michael Wilk ist seit 40 Jahren in sozialen Bewegungen aktiv, im Arbeitskreis Umwelt Wiesbaden (AKU) kämpft er gegen die Atomwirtschaft, in dem Bündnis der Bürgerinitiativen gegen den Flughafenausbau gegen die „Startbahn West“. Er arbeitet als Arzt und Psychotherapeut. Im letzten Jahr hat er gemeinsam mit Bernd Sahler das Buch „Strategische Einbindung – von Mediationen, Schlichtungen, Runden Tischen ... und wie Protestbewegungen manipuliert werden“ herausgegeben. Wir haben Michael Wilk (Foto: Sargoth) einige Fragen zu den daraus hervorgegangenen Beobachtungen und Analysen gestellt.

??: Mit großem Aufwand läuft bei uns in der Region seit Februar das „Dialogforum Schiene Nord“. Es geht darum, mit Beteiligten und Betroffenen über den Aus- bzw. Neubau von Güterbahnstrecken für die Bewältigung des wachsenden Seehäfenhinterlandverkehrs zu diskutieren und – nach Möglichkeit – bis zum November zu einer „Lösung“ zu kommen. In dem von dir mit herausgegebenen Band „Strategische Einbindung“ analysiert ihr ähnlichen Formen des „Bürger*innen-Dialogs“. Wie seid ihr zu diesem Thema gekommen?



!!: Ich bin relativ früh zu dem Thema gekommen, weil wir am Frankfurter Flughafen 1998 das sogenannte Mediationsverfahren hatten mit dem Ergebnis, dass der Flughafen ausgebaut wurde und es als Trostpflaster ein unzureichendes Nachtflugverbot gab. Das habe ich seinerzeit schon in meinem Buch „Macht, Herrschaft, Emanzipation“ beschrieben. Seitdem nehmen derartige Dialogformen

als Methode der sanften Integration von widerständigen Prozessen zu: Das letzte, auch überregional wahrgenommene war ja die so genannte Schlichtung zu Stuttgart 21.

??: Ihr seht in der wachsenden Zahl von von Mediationen, Schlichtungen und Runden Tischen den Versuch einer „strategische Einbindung“ und „Manipulation“ von Protestbewegungen. Was ist damit gemeint?

!!: Protestbewegungen sollen in Entscheidungsprozesse über politische Pläne und Vorhaben mit hineingezogen werden – aber ohne tatsächlich etwas mitentscheiden zu können. Vielmehr sind die Rahmenbedingungen der Entscheidungsprozesse vorher festgelegt, so dass es sich nicht um einen ergebnisoffenen Dialog unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen handelt. Die Mitmachstrategien sind dazu da, breiten Protest und Wider-

stand zu verhindern und umstrittene Vorhaben möglichst reibungsarm durchzusetzen. Mit den Runden Tischen, Mediationen und ähnlichem sollen frühzeitig Betroffene eingebunden werden, bevor andere „angesteckt“ werden, kritisches Handeln und Denken zunimmt und sich eine Eigendynamik entwickelt. Es handelt sich um neue Herrschaftsstrategien im Umgang mit breitem Widerstand und Protest.

??: Warum werden solche Herrschaftsstrategien, die auf angebliche Bürger*innen-Beteiligung setzen, in letzter Zeit vermehrt angewendet?

!!: Die Mitmachangebote knüpfen an die veränderten Bedingungen moderner Macht- und Herrschaftssysteme an. Herrschaft hat sich in unseren Breiten gewandelt, ist subtiler und schwerer wahrnehmbar geworden. Gleichzeitig lassen große Teile der Bevölkerung die Planung und Durchsetzung von Großprojekten nicht mehr passiv über sich ergehen, sondern reagieren mit Protest. Kommt es hierbei nicht nur zu lokalem Protest, sondern zu grundsätzlich systemkritischen solidarischem Handeln und politischen Momenten von Widerstand, drohen Verwerfungen im gewohnten Gefüge sozial-politischen Verhaltens. Das bemerkten auch Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft: In einer Studie der Stiftung Marktwirtschaft zu Protesten gegen Großprojekte wird zum Beispiel eine „bedenkliche Tendenz zur Aberkennung der Legitimation der Institutionen und Akteure des politischen Systems“ konstatiert. Um hier gegenzusteuern wird die latente Bereitschaft zum Dialog vieler Betroffener gern genutzt.

??: Ich habe nach der ersten Runde des „Dialogforum Schiene Nord“ das Unbehagen, dass die Bürgerinitiativen in eine Falle gelockt werden. Mal drei Beispiele: 1.) Es fällt den Betroffenen zwar auf, dass der Dialog nicht auf Augenhöhe stattfindet, weil alle Expert*innen auf Seiten der Bahn oder der Ministerien sitzen, eine eigene Gutachterin den Betroffenen jedoch verweigert wird. Sie bleiben in dieser Frage Bittsteller. 2.) Das Celler Aktionsbündnis hat von sich aus bei der Eröffnung des Forums auf jegliche Protestformen verzichtet; Motto: Wir konzentrieren uns auf den Dialog. 3.) Auch wenn der Vertreter des Aktionsbündnisses sich dafür stark gemacht hat, Besucher*innen zu einzelnen Sachfragen einzubeziehen – also die auferlegte Beschränkung hinsichtlich der teilnehmenden Personen kritisiert, werden die Vertreter*innen aus dem Celler Raum auf der Facebookseite der BI als „unseren Speerspitzen“ bezeichnet. Kannst du vor dem Hintergrund deiner Erfahrungen und deiner Analyse diese Phänomene einordnen?

!!: Erstens: Es gibt bei Verfahren dieser Art keine „Waffengleichheit“. Dazu würde zum Beispiel eben gehören, dass die Gegenseite eigene kritische Gutachten erstellen

kann - und zwar ohne Gängelung und mit finanziellen Mitteln, die dafür zur Verfügung gestellt werden.

Zweitens: Ganz wichtig wäre die Offenheit des Dialogs, die darin bestehen würde, dass die Möglichkeit einer Verweigerung gegeben und die Nichtdurchführung des Projekts überhaupt eine ernsthafte Option ist.

Drittens: Man muss sich fragen, ob das Dialogverfahren überhaupt eine Entscheidungskompetenz hat oder die weiterhin bei der Politik liegt?

Dann können wir uns anschauen, was solche Verfahren auf der psychologischen Ebene bewirken? Wir sehen, dass Leute in freiwilligem, vorausseilendem Gehorsam auf Protestformen verzichten. Da frage ich mich, warum ist das eigentlich notwendig? Selbst wenn eine Waffengleichheit gegeben wäre, ist doch zu fragen, ob nicht ein solches Verfahren zwingend mit Protesten begleitet werden müsste, damit der soziale Druck aufrecht erhalten wird und die Verhandlungen begleitet. In dem Moment, wo man auf eigene Aktionen verzichtet, unterwirft man sich einem Stillhalteabkommen, was weder gefordert wird, noch sinnig ist, weil es den Protest von vornherein schwächt.

Eine weitere Gefahr besteht darin, dass Dialogverfahren die Bewegung spalten. Ein Teil will weiter auf der Straße protestieren und ein anderer Teil sagt, wir unterwerfen uns jetzt völlig diesem Regelspiel. D.h.: Das Verfahren ist schon wirksam in seiner Absicht, den Widerstand zu kanalisieren und zu spalten, einen Teil gefügig zu machen und einen Teil auszugrenzen. Die Leute denken am Anfang, es geht wirklich um sie, aber es geht nicht um sie, es geht darum, sie zu kanalisieren.

?: Du vertrittst in der Tendenz die Auffassung, dass diese „Dialogformen“ im politischen Raum für Protestbewegungen nichts bringen – oder genauer gesagt: dass sie gefährlich sind. Der Niedersächsische Wirtschaftsminister hat zu Beginn auch gleich deutlich gemacht, dass er am Ende ein Ergebnis sehen will – und dass er dieses Ergebnis dann nicht mehr in Frage gestellt werden dürfte. Aber steckt nicht, wer sich dem Dialog „verweigert“, auch in einer Falle?

!! Man setzt sich dann dem Vorwurf aus, man hätte sich einem Dialog verweigert und man hat dann propagandistisch erst einmal den „Schwarzen Peter“ Aber das ist durchaus auszuhalten. Wir haben das in Frankfurt damals erfolgreich praktiziert. Das Verfahren fand zwar statt, aber ihm war die Legitimation entzogen. Wenn nur eine Minderheit von Initiativen mitmacht, wird der Öffentlichkeit schon deutlich, dass es sich um eine Propagandashow handelt.

Und gegen das Argument, was z.B. bei Stuttgart 21 eine Rolle spielte, man könne über das Schlichtungsverfahren wirksam die eigenen Argumente verbreiten, kann ich nur sagen: Über Protest und die Herstellung einer Gegenöffentlichkeit lassen sich Gegenargumente oder Alternativvorschläge auch außerhalb von Dialogverfahren präsentieren.

Strategische Einbindung

Ob Flughafenerweiterungen, Kohleabbau, Bahnprojekte wie Stuttgart21, Autobahnausbau oder Stromleitungen – Proteste gegen Großprojekte nehmen zu. Offene Repression, Polizei und Justiz wirken als Durchsetzungsmethode oftmals kontraproduktiv, verstärken Unruhe und Empörung gegenüber autoritärem Regierungshandeln. Mediations-, Dialog- und Schlichtungsverfahren bieten sich als Alternative an. Die „sanften“ Methoden einer Strategischen Einbindung werden immer häufiger zur Befriedung, Kanalisierung von Protest und Marginalisierung von Widerstand eingesetzt.

In diesem Sammelband kommen engagierte AutorInnen aus Sozialen Bewegungen zu Wort, die von ihren negativen Erfahrungen mit Mediationen und runden Tischen berichten. Sie zeigen die Fallen auf, die in Beteiligungen an von oben eingefädelten Gesprächsrunden lauern, und analysieren anschaulich die manipulativen Wirkungsweisen und politischen Folgen von Einbindung.

Michael Wilk, Bernd Sahler (Hg.) : Strategische Einbindung. Von Mediationen, Schlichtungen, runden Tischen... und wie Protestbewegungen manipuliert werden. Beiträge wider die Beteiligung, Edition AV, Lich 2014, ISBN 978-3-86841-094-5, 170 Seiten, 14 €



Here comes the sun (doo doo doo doo)

In der Solarbundesliga würde sich Celle aktuell im unteren Tabellendrittel wiederfinden. Und in der Kreisliga ist der Abstand zur Spitze gewaltig (siehe Tabelle). Doch jetzt kommt Bewegung in die Sache. Die Stadtwerke Celle steigen in die Solarstromerzeugung ein. Auf dem Dach der Park & Ride-Anlage am Bahnhof wird eine Photovoltaik-Anlage gebaut. Auf knapp 1.500 qm Nutzfläche wird eine Solarstromanlage mit 245 Kilowatt Peak (kWp) installiert mit einer erwarteten Einspeiseleistung von rund 225.000 kWh/a. Durch den Stromertrag der Anlage können bei einem angenommenen Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden (kWh) etwa 65 Celler Privathaushalte versorgt werden.

Die Stadtwerke starteten zur Finanzierung Anfang Februar ein sogenanntes Bürgerdarlehen, wobei binnen vier Wochen über zwei Millionen Euro zusammenkamen. Eine Beteiligung war mit Darlehenssummen zwischen 1.000 und 20.000 Euro möglich. Neben dem Wunsch etwas für die Energiewende zu tun, dürfte vor allem auch die Rendite zu dem „Run“ geführt haben. Die Laufzeit für das Bürgerdarlehen beträgt fünf Jahre und das angelegte Geld wird mit einem Zinssatz von 1,55 % p. a. verzinst. Strom- oder Gaskund*innen bei den Stadtwerken Celle erhalten jährlich sogar 2,25 %. Und auch die Stadt Celle als Betreiberin der P & R-Anlage macht ein kleines „Geschäft“. Für die Verpachtung der Dachfläche dürfte sie rund 6.000 Euro pro Jahr „einstreichen“.

Kurz vor der Bekanntgabe des Stadtwerke-Projekts brachte die Ratsfraktion Die Linke/BSG einen Antrag in den Rat ein, der in dieselbe Richtung zielt: Die Stadt soll eine Börse zur Vermietung kommunaler Dachflächen für Photovoltaik-Anlagen einrichten. Der Vorsitzende der Fraktion, Oliver Müller (BSG), beschreibt das Anliegen so: „Wir gehen davon aus, dass sich auf den Dächern von Gebäuden der Stadt und ihren Gesellschaften Photovoltaikanlagen realisieren lassen. Die Stadt selbst dürfte dafür kein Geld haben und wir finden es auch viel interessanter, wenn die Energiewende lokal von interessierten

Bürgerinnen und Bürgern selbst vorangetrieben wird, also dezentral und konzernunabhängig.“

Hierfür wäre erforderlich, dass die Verwaltung potenziell geeignete Dachflächen mit Standortbeschreibung mit den für eine PV-Nutzung erforderlichen Kennzahlen auflistet. Müller fände es zudem sinnvoll, wenn die Stadt hierbei auch Flächen von kreiseigenen Gebäuden, also z.B. Schulen und Sporthal-

len, einbeziehen könnte. Um dem ganzen Projekt auch den erforderlichen rechtlichen Rahmen zu geben, soll die Verwaltung eine Satzung für die Verpachtung erarbeiten. Müller: „Falls es rechtlich möglich ist, fänden wir es sinnvoll, wenn Bürgerenergiegenossenschaften oder Bürgerenergie GbR ein Vorrang eingeräumt werden könnte.“ Seiner Fraktion gehe es nicht nur darum, Investoren anzulocken, sondern für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit zu schaffen, in ihrer eigenen Stadt in die Energiewende zu investieren. Und die Fraktion Die Linke/BSG schlägt dann auch vor, die Pachteinahmen wiederum dem Klimaschutzfonds der Stadt zufließen zu lassen.

Die Anregung zu dem Antrag hat, so Müller, das Celler Forum gegen Atomenergie gegeben, das die Fraktion auch auf das erfolgreiche Projekt von Bürgerenergie Nienhagen hingewiesen hat. Diese Initiative hat als GbR mit 43 Mitgliedern auf dem Hagensaal in Nienhagen (siehe Foto) eine PV-Anlage finanziert. „Wir haben deshalb auch vorgeschlagen, Vertreterinnen dieser GbR mal in eine Fachausschusssitzung des Stadtrats einzuladen.“



Die Bürgerenergie Nienhagen GbR (siehe <http://www.ben-gbr.de/>) will im übrigen weitere Gesellschaften mit dem Ziel einer Energiegenossenschaft gründen und die Eigenstromversorgung Nienhagens vorantreiben. Dazu gehört mittelfristig aus Sicht der Gesellschafter*innen auch die Begleitung und Beteiligung bei einer möglichen Errichtung von Windkraftanlagen vor Ort. Motto: „Wir erzeugen unseren Strom selbst und nachhaltig!“

Derzeit verdrängt PV-Strom vor allem Strom aus Erdgas und Steinkohle. Für PV-Strom beträgt der Vermeidungsfaktor aktuell 664 g CO₂-Äquivalente/kWh. Im Jahr 2012 wurden somit in der BRD durch die Nutzung von 28 TWh PV-Strom 18,6 Mio. t CO₂-Äquivalente an Treibhausgasen vermieden. Ein Steinkohle-Kraftwerk emittiert ca. 949 g CO₂/kWh elektrisch, ein Braunkohle-Kraftwerk ca. 1153 g CO₂/kWh elektrisch.

SG Lachendorf	880
SG Eschede	530
SG Flotwedel	415
Hermannsburg	338
Faßberg	225
Winsen	219
Hambühren	161
Celle	128
SG Wathlingen	119
Unterlüß	87
Wietze	82
kWh installierter Leistung in 1000 pro Einwohner*in	

Celle-Uelzen Netz GmbH reduziert Zuschuss

Der Celler Klimaschutzfonds schrumpft gewaltig – statt bislang gut 400.000 Euro kommen von der Celle-Uelzen Netz GmbH (formerly known as SVO) für dieses Jahr nur noch 140.000 Euro. Es war kaum anders zu erwarten, nachdem die Stadt Celle mit ihren Stadtwerken einen neuen „Player“ auf den lokalen Energiemarkt an den Start gebracht hat. Dies schmälert den Gewinn der E.on-Tochter. Und da die Zahlung in den Klimaschutzfonds auf freiwilliger Basis erfolgte, ist jetzt eben „Schluss mit lustig“.

Ende September 2010 richtete der Stadtrat einen Klimaschutzfonds für Celle ein. Aus diesem Fonds werden seitdem Zuschüsse zu Maßnahmen gewährt, „die in besonderem Maße zur Reduktion der Emissionen klimawirksamer atmosphärischer Spurengase, insbesondere Kohlendioxid, beitragen und die der Förderung regenerativer Energieerzeugung dienen.“ (Förderrichtlinie)

Die Stadt selbst zahlte bislang 30.000 Euro pro Jahr ein, die aber für dieses Jahr auf 20.000 Euro gekürzt wurden. (Sie trägt allerdings, was nicht übersehen werden sollte, die Personalkosten für die Bearbeitung der Anträge.) Hauptsponsor ist die Celle-Uelzen Netz GmbH. Insgesamt 984.712 Euro flossen durch sie in den Jahren 2011 und 2012. Im Jahr 2013 und 2014 wurden dem Fonds 419.832 bzw. 411.678 Euro zugewendet. Die Berech-

nung der Zuschusshöhe basierte auf der aktuellen Einwohnerzahl Celles multipliziert mit jeweils drei Euro je Energieart (Strom und Gas). Bis zum Ende letzten Jahres war so eine Gesamtsumme von 1.944.712 Euro in den Klimaschutzfonds geflossen. Und bis Ende Februar waren daraus rund 1.782.000 Euro für insgesamt 330 Förderanträge bewilligt worden.

Höhe, Art und Umfang der Förderung ist in einer Förderrichtlinie festgelegt (siehe zur „Höhe“ nebenstehenden Kasten). Gefördert werden können danach insbesondere:

- Maßnahmen zur Einführung und Nutzung regenerativer Energien (z. B. Solarthermische oder photovoltaische Anlagen),
- Maßnahmen zur Einführung und Nutzung innovativer Technologien zur rationellen Energienutzung und
- Maßnahmen zur Einsparung von Energie sowie
- Maßnahmen, die einen Demonstrationscharakter besitzen und die Markteinführung neuer Technologien unterstützen.
- Sonstige klimaschutzfördernde Maßnahmen und Projekte
- Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung im Gebäudebereich und in der städtebaulichen Entwicklung von Stadtquartieren.

Unter den geförderten Projekten befinden sich diverse Maßnahmen der Stadt Celle und ihrer Töchter. Am wichtigsten war dabei die energetische Sanierung des Klärwerkes mit 420.000 Euro und die Erstellung des Solarpotentialkatasters mit 66.400 Euro. Auch bei der energetischen Sanierung (in der Regel Wärmedämmung und Fenster) von Grundschulen wie auch der Dachflächen der Hallen 18/19 der CD Kaserne wurden städtische Projekte gefördert. Alles sinnvoll. Als kuriose und ärgerliche Ausnahme kann gelten, dass einigen Celler Hotels die Anschaffung von acht E-Bikes mit 20.000 Euro praktisch komplett gesponsort wurde. Folgende Tabelle gibt Aufschluss über die unterschiedlichen Förderbereichen zuzuordnenden Antrags- und Investitionsvolumen.

Förderbereich	Antragsvolumen	Investitionsvolumen
Photovoltaik	87.028,00 €	1.486.243,00 €
Solarthermie	10.796,00 €	195.760,00 €
Energ. Sanierung	901.034,13 €	8.338.191,05 €
Geothermie	55.133,00 €	923.133,00 €
Wasser	10.000,00 €	10.000,00 €
Mobilität	51.000,00 €	119.200,00 €
Heizung	177.021,01 €	423.900,00 €
Sonstiges	489.954,13 €	1.927.000,00 €
Gesamtsumme	1.781.966,27 €	13.423.427,05 €

Die Förderung von PV-Anlagen bewirkt angesichts der Bundesförderung durch die Einspeisevergütung im we-



70 Jahre Celle Massacre

sentlichen wohl nur einen Mitnahmeeffekt. Vielleicht stößt dagegen die Förderung bei der energetischen Sanierung tatsächlich hier und da Maßnahmen an, die ansonsten nicht oder nicht so erfolgt wären. Schade ist insbesondere, dass viele Möglichkeiten zur Energieeinsparung gar nicht im Sichtfeld des Klimaschutzfonds sind. Ein Beispiel: Warum wird nicht für einkommensschwache Haushalte die Neuanschaffung eines Kühl-/ oder Gefriergerätes der Energieeffizienzklasse A+++ gefördert, wobei die Voraussetzung wäre, dass ein mindestens 10 Jahre altes Gerät aussortiert wird.

Ein Klimaschutzfonds soll zur CO₂-Reduzierung beitragen. Deshalb wäre es doch eigentlich wichtig zu wissen, in welcher Größenordnung die einzelnen Förderbereiche Effekte erzielen. Doch in den der Öffentlichkeit zugänglichen Unterlagen findet sich dazu nichts. Dabei geht es nicht um Statistikhuberei, sondern darum aus dem Verhältnis von eingesetztem Förder-Euro und CO₂-Einsparung die Förderrichtlinie nach ihrer Wirksamkeit zu beurteilen. Dies scheint vor dem Hintergrund der zusammengestrichenen Mittel dringend erforderlich. Abzuwägen wäre mittelfristig auch, ob nicht die Beratungsarbeit einer Klimaschutzagentur wertvoller ist.

Ach so: Die Celle-Uelzen Netz GmbH mit der Reduzierung ihrer Förderung des Klimaschutzfonds gerade ihr letztes Argument weggekürzt, dass gegen einen Wechsel der Kund*innen zum neuen Gas-Anbieter Stadtwerke Celle sprach. Anders gesagt: Wir raten uneingeschränkt jetzt allen unseren Leser*innen, ihr Gas künftig von den Stadtwerken zu beziehen.

Und noch was: In unserer Ausgabe 72 haben wir die Stadtwerke dahingehend kritisiert, dass sie mit dem Slogan „Strom aus der Region“ warb. Die Stadtwerke haben diese irreführende Werbung korrigiert, jetzt lesen wir auf den Flyern: „Wir beziehen unseren Ökostrom zu 100 Prozent aus nachhaltigen Wasserkraftanlagen mit modernsten Umweltstandards.“



Beim „Klima-Gipfel“ preist ein Wissenschaftler die Vorzüge einer Energiewende (Energieunabhängigkeit, Schutz der Regenwälder, Nachhaltigkeit, lebenswerte Städte, Erneuerbare, sauberes Wasser, gesunde Kinder usw. usw.) - ein Teilnehmer fragt: „Und was, wenn das [also der Klimawandel] ein großer Schwindel ist und wir für nichts eine bessere Welt schaffen?“

Ein Sequenz in dem Film „Hasenjagd – Vor lauter Feigheit kein Erbarmen“ über die Mordaktion an entflohenen Kriegsgefangenen aus dem KZ Mauthausen im Januar 1945 bleibt im Gedächtnis. Nach Kriegsende lässt sich eine Familie mit den beiden KZ-Häftlingen, die sie gerettet hat, fotografieren. Der Fotograf fordert sie zum Lächeln auf: „Man lächelt jetzt beim Fotografieren, das ist modern.“ Darauf antwortet der Familienvater: „Wir lächeln nicht.“



70 Jahre ist es her, dass in Celle mindestens 170 KZ-Häftlinge im Neustädter Holz ermordet wurden. Seit 30 Jahren gibt es vor Ort eine Erinnerungskultur, die neben der historischen Aufarbeitung immer wieder auch in pädagogischen oder kulturellen Projekten eine Vergegenwärtigung des Grauens einfordert.

Unsere Gedenkkultur orientiert sich an 10 bzw. 25-Jahresintervallen. Dieses Jahr ist insoweit wieder ein besonderes. Es gibt eine Reihe von Veranstaltungen – sowohl bezogen auf das Celle Massaker vom 8.4.1945 wie auch auf die Befreiung Bergen-Belsens am 15. April 1945. (In unserem Terminkalender dürften die meisten aufgeführt sein.)

Zwei Mahnmale erinnern in Celle an das Verbrechen vom 8.4.1945, das Mahnmal in den Triftenanlagen (siehe Titelfoto) und das Gräberfeld auf dem Waldfriedhof. Dort wird (auf Initiative der Ratsfraktion Die Linke/BSG) dieses Jahr eine Erinnerungstafel aufgestellt, weil sich die Anlage nicht selbst erklärt. Der Text:

„Am 8. April 1945 bombardierte die US Air Force den Güterbahnhof in Celle. Die Bomben trafen einen Zug auf dem Weg vom KZ Drütte nach Bergen-Belsen. Viele Häftlinge kamen dabei ums Leben. Am folgenden Tag kam es zu mehreren Massakern an geflohenen Häftlingen. Mindestens 170 Gefangene wurden dabei ermordet, ihre Leichen an Ort und Stelle verscharrt.“

Auf diesem Gräberfeld wurden 320 Tote beigesetzt. Bis 1946 fanden hier 190 KZ-Häftlinge, Bombenopfer und Opfer der Massaker ihre Ruhestätte. Im selben Jahr erfolgte ein öffentlicher Suchaufruf, in dessen Folge 64 Leichen auf den Waldfriedhof überführt wurden. Verstorbene vom Zuchthausfriedhof sowie Opfer, die nach ihrer Befreiung in Bergen-Belsen in Celler Hilfskrankenhäusern verstarben, wurden hierher umgebettet.

Ein bereits 1947/48 von Verfolgtenorganisationen angeregtes Ehrenmal kam nicht zur Ausführung. Die Einzelgräber wurden 1951 in Grabbeete umgestaltet und mit 307 liegenden Grabsteinen eingerahmt. Im Zentrum wurden drei Hochkreuze errichtet. Der davorliegende Kissenstein erhielt 1985 die Inschrift „Ruhestätte für Opfer der NS-Gewaltherrschaft“.

Wir lächeln nicht.

Celle holt nur die Gesamtnote 3,8

Über 100.000 Bundesbürger haben im Herbst 2014 am großen ADFC-Fahrradklima-Test teilgenommen und die Fahrradfreundlichkeit ihrer Wohnorte bewertet. Mit einem Notendurchschnitt von 3,8 hat Celle dabei noch viel Luft nach oben. Nordhorn ist die in Niedersachsen bestbewertete Stadt in der Größenordnung Celles und hat einen Notendurchschnitt von 2,6. Bei den insgesamt 100 Städten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohner*innen belegt Celle Platz 51. Die Anzahl der abgegebenen Votings war mit insgesamt nur 59 im Vergleich zu anderen Städten eher niedrig.

468 Städte kamen insgesamt in die Wertung. Der Test bestand aus 27 Fragen. Die Teilnehmer*innen bewerteten mit Noten von 1 bis 6 beispielsweise, ob Radfahren Spaß oder Stress bedeutet, ob die Stadt in letzter Zeit viel für den Radverkehr getan hat, ob es häufig Konflikte mit anderen Verkehrsteilnehmer*innen gibt und ob man sich als Radfahrer*in sicher fühlt. Nur 16 Prozent der Teilnehmer*innen sind ADFC-Mitglieder, die Umfrage ist also keine Mitgliederbefragung, sondern zeigt ein Stimmungsbild aller Radfahrenden in Deutschland.

Hier mal die Einzelnoten im Vergleich zum Spitzenreiter Nordhorn:

	Celle	Nordhorn
Index Gesamtbewertung	3,8	2,6
F1 Spaß oder Stress	2,9	1,9
F2 Akzeptanz als Verkehrsteilnehmer	3,7	2,3
F3 Alle fahren Fahrrad	2,8	1,4
F4 Werbung für das Radfahren	4,1	2,5
F5 Zeitungsberichte	4,0	2,6
F6 Fahrradförderung in jüngster Zeit	4,1	3,0
F7 Falschparkerkontrolle	4,6	3,2
F8 Reinigung der Radwege	3,9	2,8
F9 Ampelschaltungen für Radfahrer	4,4	3,2
F10 Winterdienst auf Radwegen	4,3	2,4
F11 Sicherheitsgefühl	3,7	2,5
F12 Konflikte mit Fußgängern	3,4	2,4
F13 Konflikte mit Kfz	4,1	2,9
F14 Hindernisse auf Radwegen	3,9	2,5
F15 Fahrraddiebstahl	4,0	3,5
F16 Fahren auf Radwegen	4,1	2,9
F17 Fahren im Mischverkehr mit Kfz	4,3	3,2
F18 Breite der Radwege	4,4	2,7

Die „Spitzenreiter“, also die Bestplatzierten im ADFC-Fahrradklima-Test 2014, sind Münster, Karlsruhe, Freiburg, Erlangen, Oldenburg, Ingolstadt, Bocholt, Nordhorn, Wesel, Reken, Ketzin und Rhede. Bei der Preisverleihung im Februar sagte Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI): „Fahrradfreundlichkeit ist ein guter Gradmesser für die Lebensqualität einer Stadt. Wir können den Anteil des Radverkehrs weiter erhöhen, wenn sich Radfahrerinnen und Radfahrer gut und sicher im Straßenverkehr fühlen. Der Fahrradklima-Test gibt genau darüber Aufschluss. Er zeichnet Kommunen aus, die den Radverkehr besonders vorantreiben, und bietet den anderen zugleich konkrete Anhaltspunkte für Verbesserungen – sei es bei der Sicherheit, dem Wegenetz oder auch bei den Abstellmöglichkeiten.“

Der ADFC wies darauf hin, dass die meisten Test-Teilnehmer*innen zufrieden sind mit der Erreichbarkeit von Zielen mit dem Rad (Schulnote: 3). Auch die Kernfrage: „Bei uns macht Radfahren Spaß bzw. Stress“ wird recht positiv bewertet (Note: 3). Genervt sind die Radfahrenden vor allem von geduldetem Parken auf Radwegen, von ungeeigneten Ampelschaltungen, fehlendem Winterdienst für Radwege sowie Unterbrechungen durch Baustellen (Note: 4 bis 5). Und: Die Mehrzahl fühlt sich beim Radfahren nicht sicher (Note: ausreichend).

Von: Fynn (9)
An: E.ON
Betreff: Atommüll

Sag mal, E.ON,
wer zahlt eigentlich für die Lagerung
des ganzen Atommülls, wenn es Euch
mal nicht mehr gibt?

Hallo Fynn, E.ON muss für die gesamten
Atommüllkosten aufkommen – so steht
es im Gesetz. Das können wir unseren
Aktionären aber natürlich nicht zumuten.

Deswegen arbeiten wir heute schon daran, die Atomsparte rechtzeitig auszulagern und den E.ON Konzern aus der Verantwortung für seinen Strahlmüll zu nehmen. Zahlen für den nuklearen Deck dürfen dann andere, zum Beispiel du, und wir sind fein raus.

e-on



Uca in Landesvorstand

Behiye Uca, Mitglied im Kreistag und im Stadtrat, wurde im Februar beim Landesparteitag der Linke in Hannover in den Landesvorstand gewählt. Sie will die neue Landesspitze mit Anja Stoeck und Herbert Behrends insbesondere bei der Vernetzung der linken Kommunalpolitiker in Niedersachsen unterstützen. Behiye Uca: „Wir müssen die großen Fragen der Europa-, Bundes- und Landespolitik auf die konkreten Probleme vor Ort herunterbrechen. Dabei geht es auch darum, kommunale Initiativen zum Beispiel gegen das Freihandelsabkommen TTIP zu unterstützen.“ Zum anderen müsse die Partei sich auf allen Ebenen für eine Veränderung der prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen von Millionen Menschen einsetzen. Mit einer Kampagne unter dem Motto „Das muss drin sein – für ein Leben ohne Zumutungen“ will Die Linke für ihre Vorschläge werben.

Verantwortung

„Verantwortung zu übernehmen heißt Verantwortung zu übernehmen.“ Toller Satz, so toll, dass ihn Henning Otte (CDU) gleich zweimal in eine Rede einbaute, die er Ende Januar bei einer Vortragsreihe der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e.V. hielt. Thema: Deutsche Verteidigungspolitik in neuer Verantwortung. Was heißt das? Verantwortung zu übernehmen heißt Verantwortung zu übernehmen. „Auch wenn manche Radikalpazifisten das anders sehen: Wegschauen heißt Zulassen“. Aber: „Die Terrorakte von Paris haben uns alle erschüttert, wachgerüttelt und auch den letzten Pazifisten vielleicht sogar aus seiner Lethargie geholt.“

Ja brav – und sitz! So gibt man den kleinen, giftigen Pitbull von Frauchen.

Und: „Verantwortung zu übernehmen

heißt Verantwortung zu übernehmen.“ Das hat dem Präsidenten der DGAP, Arend Oetker, Konzernchef der Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG in Berlin, Vizepräsident des Bundesverband der Deutschen Industrie, sicher gefallen.

Tank-Wizzard Otte

Der Hexer aus Eversen, MdB Henning Otte, hat's geschafft. Sein Wahlkreis wird in Bergen mit einem Panzerbataillon beglückt. Und auch die Frage, woher die Panzer dafür kommen sollen, ist geklärt. „Anstatt funktionstüchtige Leopard 2 auszumustern und zu verschrotten, sollten wir überlegen, wie wir das gute, noch vorhandene Material in die bestehenden Strukturen integrieren können“, verkündete Verteidigungsministerin von der Leyen Ende Februar in einem Interview mit sich selbst – nein, in einem Interview mit der „Redaktion der Bundeswehr“, veröffentlicht auf der Internetplattform des BMVg. Und es sind nicht die niedrigen Schrottpreise, die vdL zu dieser Kurswende bewegen: „Das Sicherheitsumfeld hat sich seit dem Krisenjahr 2014 deutlich verändert. Vor diesem Hintergrund prüfen wir aktuell, welche kurz- und langfristigen Modernisierungs- und Ergänzungsschritte angezeigt sind, beim Personal, beim Material und bei der multinationalen Ausrichtung.“ Die BILD ersparte uns weiteres Nachdenken über dieses Geschwurbel: „Wegen Russland-Krise: Panzertruppe wird verstärkt.“

Auf die Frage der „Süddeutschen Zeitung“, wie viele Kampfpanzer „wir“ denn eigentlich noch haben, wusste das BMVg so auf die Schnelle nichts zu sagen. Aber die Zeitung konnte aus einem vertraulichen Dokument zitieren: „Demnach wurden Anfang Dezember noch 365 Leopard 2 "im Bestandsnachweis" der Bundeswehr geführt. Allerdings gehörten davon nur 287 zu den im Heer genutzten Varianten A5 bis A7. Von denen wiederum waren 42 zur "Abgabe an Polen" vorgesehen [...] Elf Panzer sollten der "Ersatzteilgewinnung" dienen, acht befanden sich "in Zuständigkeit" des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr - und einer "im serienfernen Konstruktionsstand" beim Hersteller. Allzu viel mehr als 225 bleiben da gar nicht übrig. Zudem waren bis zu 23 Panzer bis Mitte 2016 zur Umrüstung vorgesehen. [...] Darüber hinaus

heißt es in dem Dokument, derzeit seien keine Leopard 2 "im Depot eingelagert, die voll einsatzfähig sind".“ Das wird eng – aber: Im Panzermuseum Munster könnte es noch gut gepflegtes Material geben.

Irgendwo werden die 44 Leopard-Panzer schon aufzutreiben sein, die ein Bataillon braucht, um ein Bataillon zu sein. Aber woher kommen die rund 700 Soldat*innen? Von der Leyen im „Interview“ wörtlich: „Die Briten ziehen dort ab und wir haben dort ein gekadertes Panzerbataillon, das wir aktivieren können. Das ist jetzt die Stunde [...]. Hier kann man bei einer Struktur, die vorhanden ist, sie mit Leben füllen.“ Dass musste die Pressestelle in dem print-Text ein bisschen glätten, denn das gekaderte (= auf einen Kern zusammengeschrumpfte) Panzerbataillon gibt's in Bergen nicht. Otte, unser Tank-Wizzard, wusste es besser: „Das Bataillon wird aus Teilen der bereits nichtaktiv oder zur Umgliederung anstehenden ehemaligen Panzerbataillone aus Neustadt am Rübenberge und Torgelow gebildet.“ Der geniale Schachzug: Das Panzerbataillon aus Neustadt wird aufgelöst, um 65 km weiter im Nord-



osten in Bergen ein neues aufzustellen.

len. Immerhin rückt man rund 30 km weiter nach Osten.

Von der Leyen warb logischerweise in dem „Interview“ für eine Erhöhung des Verteidigungsetats: *„Das letzte Jahr hat der Öffentlichkeit eindrucksvoll vor Augen geführt, dass Sicherheit und eine einsatzfähige Bundeswehr nicht zum Nulltarif zu haben sind.“* Nach NATO-Angaben hat allein Deutschland jährlich Militärausgaben in Höhe von 37 Mrd. Euro.

CeBus streikt - endlich

Im März streikten die Busfahrer*innen von CeBus für mehr Lohn. Das ist mehr als notwendig, verdienen sie doch gerade mal 10,03 bzw. 10,33 Euro für Berufskraftfahrer mit staatlichem Abschluss. Die Gewerkschaft ver.di forderte pauschal einen Euro mehr pro Stunde und in der CeBus-Geschäftsführung begann das große „Heulen und Zähneklappen“: *„Wir können die wirtschaftliche Belastung, die eine Erhöhung der Löhne um fast 10 % bedeutet, nicht stemmen.“* Ziemlich clever agierte Stefan Koschick, CeBus-Geschäftsführer, gegenüber der Öffentlichkeit: *„Wir zahlen unserem Fahrpersonal seit dem 01.03.2015 einen Stundenlohn in Höhe von 11 € und zusätzlich eine Dienstschichtzulage. Darüber hinaus sollen zwei steuerfreie Erholungsbeihilfen in Höhe von jeweils 156 € in diesem und im nächsten Jahr gezahlt werden. Damit liegen wir bei einer absoluten Lohnsteigerung, die über 7 bis 9 % liegt. Mit diesem Angebot sind die Grenzen der wirtschaftlichen Belastbarkeit erreicht.“* ver.di hielt sich eher an den Klassiker von „Chocolate Milk“: *„Action speaks louder than words.“* Zum Redaktionsschluss war noch nicht klar, ob der Streik ein für die Busfahrer*innen rundum positives Ergebnis bringen konnte.

Ansonsten lässt sich Niveau gesellschaftlicher Aufklärung ja immer ganz gut über „Publikums“-Reaktionen auf Streiks ablesen. Die CZ zitierte eine Frau namens Klaudia Moszyczynski so: *„Der Streik ist eine Frechheit. Wenn man mit dem Geld, das man verdient unzufrieden ist, dann muss man sich eine andere Arbeit suchen.“* Wir würden jetzt fast wetten, dass Klaudia mögliche Einkommensprobleme ihrerseits wohl lösen wird, indem sie sich nach einem gut verdienenden anderen Nachnamen umschaut. Auf den facebook-Seiten von CZ und celleheute.de äußerten Be-

kloppte derart Beklopptes, dass man ihnen eigentlich mindestens das Wahlrecht auf Lebenszeit entziehen sollte (besser wäre - zugegeben: Konsequenz abschieben, aber wer will die haben?) - Einige wenige Lichtblicke gab's auch: „11 Euro Stundenlohn ??? Da würd ich 365 Tage streiken!!“.

Wiswe lacht sich einen Ast

Seit über 25 Jahren gibt es zur Ergänzung des ÖPNV in verkehrsschwächeren Zeiten den AST-Verkehr (Anruf-Sammel-Taxi). Für die Öffentlichkeit völlig überraschend sollte es mit der Vergabe des ÖPNV-Linienbündels an CeBus damit im Juni vorbei sein. Das AST-Angebot gibt es nur im Stadtgebiet, und deshalb hätte schon die Verwaltungsspitze im Neuen Rathaus bei der Vergabe ein Auge darauf haben müssen. Hatte man aber anscheinend nicht, und fühlte sich, als die Sache aufflog, vom Landkreis "verarscht". Briefe wurden hin und her gewechselt. Und Landrat Wiswe (der sich insgeheim sicher einen AST lachte) gab den Großzügigen: Der Kreis wolle der Stadt zur Finanzierung der AST-Verkehre einen Zuschuss in Höhe von 50 v.H. – maximal jedoch 35.000 Euro – zu den jährlichen entstehenden Kosten gewähren. D.h.: Die Stadt muss sehen, wo sie das Geld herbekommt. Das ist nicht wirklich ein Problem, aber nicht einzusehen, weil: Der ÖPNV und seine Finanzierung ist nunmal Job des Landkreises. Zum Redaktionsschluss war noch nicht klar, ob die Stadt das Angebot annimmt.

Das Anruf-Sammel-Taxi gibt es bisher an Wochentagen zwischen 20:00 und 0:15 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen zwischen 8:30 und 12:45 Uhr. Bei diesem System können die Fahrgäste zu bestimmten Abfahrzeiten – nach telefonischer Voranmeldung – von jeder AST-Haltestelle bis vor die Haustür gefahren werden. Es gibt drei Stufen für bestimmte Fahrtbereiche (kern, nah, fern): 3,60 Euro, 4,40 Euro und 5,10 Euro. Die Fahrgastnachfrage entwickelte sich zuletzt rückläufig wie auch die Kosten: 2011: 9.368, 2012: 7.052, 2013: 6.144, 2014: 5.682.

Der Zuschussbedarf sank parallel: 2011: 51.330 Euro, 2012: 42.048 Euro, 2013: 40.107 Euro, 2014: 38.146 Euro. Der erforderliche Zuschuss ist also abhängig von der Nachfrage. Deshalb ist die von Wiswe vorgeschlagene Deckelung bei 35.000 Euro selbstverständlich eine Frechheit.



20 Prozent

28 Prozent der Osis und 14 Prozent der Wesis haben eine „linksradikele“ bzw. eine „linksextremistische“ Einstellung. Immerhin 20 Prozent plädieren für eine Revolution. Dies ist das Ergebnis der neuesten Studie von Klaus Schroeder, Chef des „Forschungsverbundes SED-Staat“ an der FU Berlin, veröffentlicht am Montag den 23. Februar 2015. Ausgewertet wurde eine Umfrage von Infratest dimap unter 1400 Teilnehmern.

Laut Studie denkt jeder Dritte, der Kapitalismus führe zwangsläufig zu Armut und Hunger und 37 Prozent assoziieren ihn mit kriegerischen Auseinandersetzungen. Knapp 30 Prozent gaben an, sie könnten sich echte Demokratie nur ohne Kapitalismus vorstellen. Knapp 60 Prozent der Ostdeutschen und 37 Prozent der Westdeutschen halten den Sozialismus/Kommunismus prinzipiell für eine gute Idee. Wo sind die bloß alle? Linke oder sozialistisch/kommunistische Initiativen oder Parteien könnten von daher ruhig etwas offensiver sein.



Halbstark, oh Baby Baby halbstark



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Die Dicke: „Nichts macht uns menschlicher als eine Aporie – der Zustand massiver Verwirrung, in den wir geraten, wenn unsere Gewissheiten zu Bruch gehen.“

Oma Lilo: Walter Benjamin?

Die Dicke: Nö – Varoufakis, Yanis Varoufakis.

Der lange Lulatsch: Ah – der halbstärke Kaffeehaus-Revoluzzer.

Klein Jonas: Was ist eine Aporie?

Die Dicke: Vereinfacht gesagt die Unmöglichkeit der Lösung eines bestimmten Problems.

Oma Lilo: Und was meint er?

Die Dicke: Die Weltwirtschaftskrise seit 2008.

Der lange Lulatsch: Schäuble ist ja richtig genervt vom griechischen Kollegen: „Was wollen die eigentlich? Was haben die für einen Plan? Haben sie einen? Ich weiß es nicht.“

Die Dicke: Eigentlich wollen sie einen Schuldenschnitt, nur den wird es mit Schäuble nicht geben. Aber gleichzeitig wissen alle, was Varoufakis ausspricht, nämlich dass Griechenland die Schulden niemals wird zurückzahlen können.

Der lange Lulatsch: Wobei man hinzufügen sollte, dass die Schulden nicht entstanden sind, weil man „die Griechen“ retten wollte, sondern die griechischen, deutschen, französischen Banken. Attac hat dargelegt, dass von den bis Mitte 2013 nach Griechenland geflossenen knapp 207 Milliarden Euro gut 77 Prozent direkt oder indirekt an den Finanzsektor geflossen sind. Für den Staatshaushalt blieb da wenig übrig.

Der Besserwisser: Dafür ist Griechenland jetzt Vorbild. An ihm wird mit aller Härte das Prinzip durchexerziert, dass für Europas Durchsetzung auf dem Weltmarkt ein unschlagbar profitables Verhältnis von Lohn und Leistung geschaffen werden muss. Während Griechenland das Vorbild für die Härten ist, die alle Staaten bei sich durchsetzen müssen, gilt Deutschland als Vorbild dafür, was mit der Durchsetzung dieser Härten erreicht wird – es ist das mittlerweile von allen Euro-Staaten vorbehaltlos anerkannte Erfolgsmodell. Und Deutschland hat überhaupt keine Scheu, ganz Europa zu erklären, was es für den Erfolg einer Nation braucht und wie er zustande kommt: Überlegene Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt beruht auf Armut und Verzicht – und die müssen in der Nation erzwungen werden.

Der lange Lulatsch: Das ist er dann, der auch für Griechenland ganz und gar alternativlose „Weg zu Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum“.

Der Besserwisser: Genau. Staat und Volk sind als radikal zu beschneidender Kostenfaktor zu behandeln, als in weiten Teilen unerträgliche Last für das private Geschäftemachen. Der Staat darf seine Nützlichkeit demonstrieren durch die amtliche Suspendierung aller Tarifverträge,

durch die sofortige Absenkung des gesamten Lohnniveaus einschließlich des Mindestlohns, durch drastische Senkung aller staatlichen Sozialleistungen – Renten, Arbeitslosengeld, Gesundheitswesen – kurz: durch das rigorose Zusammenstreichen aller materiellen Grundlagen der Lebensplanung seines Volkes.

Die Dicke: Und damit das ein Ende hat, haben sie dann mal linksradikal gewählt, die Griechen.

Der lange Lulatsch: Naja. Wie links nun Syriza, Tsipras und Varoufakis sind, muss sich wohl erst noch erweisen.

Oma Lilo: Wie meinst du das?

Der lange Lulatsch: Im Februar erschien ein Vortrag von Varoufakis im britischen Guardian, Titel „*How I became an erratic marxist*“, den er 2013 in Zagreb gehalten hat. Er sieht Europa auf eine Katastrophe zusteuern, die es zu verhindern gelte, weil die Linke nicht in der Lage sei, mit einer solchen Gelegenheit etwas Vernünftiges anzufangen. Viel größer sei die Gefahr eines Siegs der extremen Rechten. Deshalb müssten Linke heute den vergleichsweise humanen Kapitalismus der EU verteidigen, um zu verhindern, dass er durch eine barbarische Variante ersetzt wird.

Oma Lilo: Was man Tsipras und Varoufakis ja ganz auf dieser Linie aber zugute halten muss, ist, dass sie sich für die Rückgewinnung von sowas wie demokratischer Souveränität einsetzen. Über die Höhe des griechischen Mindestlohns soll nicht in Brüssel und Berlin entschieden werden.

Der Besserwisser: Genau darum geht es auch bei der durch alle Medien gehenden Stilisierung gerade von Varoufakis als rotzfrechem Halbstarken, der sich innerhalb kürzester Zeit mit allen anlegt. Für Merkel und Schäuble war das offene Insubordination und so musste mal klargestellt werden, wer in Europa das Sagen hat und dass das jedenfalls nicht Griechenland ist. Merkel hat in Bezug auf Syriza ja schon vor einem Jahr gesagt, es könne „*nicht sein, dass diejenigen, die sich nicht an Abmachungen halten, jeden anderen am Nasenring durch die Manege führen.*“ Das Hauptquartier des Euro lässt sich von einem wie Tsipras nicht erpressen und die Führungsnationen Europas sind es – darum heißen sie so –, die über die Verteilung der Nasenringe auf dem Kontinent entscheiden.

Die Dicke: Und die BILD-Leser freuen sich.

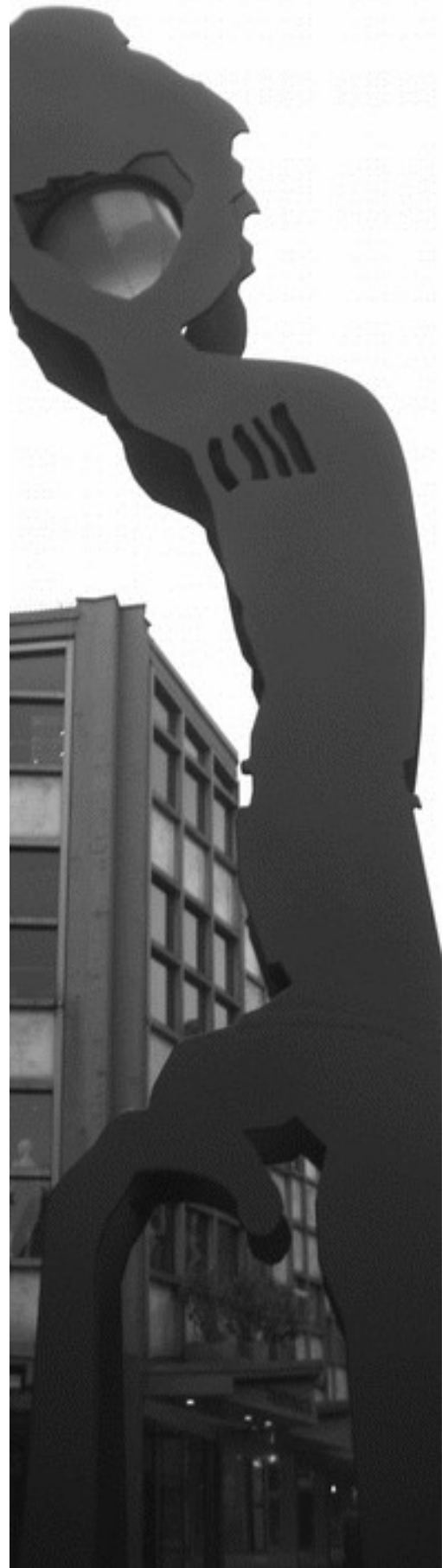
Der Besserwisser: Indem sie fast jeden Tag die faulen Griechen zum Abschuss freigibt, schürt sie umgekehrt den Stolz der fleißigen Deutschen. Wofür sich das Arbeitsvolk hergibt, darf es gedanklich als Sieg einstreichen; dafür erhält es Glückwünsche. Man fragt sich: Was hat man eigentlich von diesem Stolz und worin besteht der Sieg? Die Antwort: Man darf andere Völker verachten. Ohne Verachtung kein Stolz und umgekehrt.

Der lange Lulatsch: Sehr schön ist auch Béla Anda, Regierungssprecher der Schröder-Fischer-Regierung und heute Politik-Chef des Blattes mit den großen Buchstaben. Der schreibt Dinge wie: „*Wie lederbejackte Rüpel-Rocker röhren Griechenlands Neo-Premier und sein Posterboy-Finanzminister seit ihrem mit platten Parolen erzielten Wahlsieg durch Brüssel. Ihr Gesetz ist die Straße. Hier sind sie (politisch) groß geworden. Hier ist ihre Hood. Deren Unterstützung wollen die Kawa-Naked-Biker (zumindest Varoufakis hat eine) nicht verlieren.*“

Oma Lilo: Varoufakis nackt – o lá lá.

Die Dicke: Das denken die BILD-Leser*innen, aber: nix da, „*Naked Bike*“ ist einfach nur die Bezeichnung für ein Motorrad ohne Verkleidung.

Oma Lilo (singt): Halbstark, oh Baby Baby halbstark, oh Baby Baby halbstark, / halbstark nennt man sie, yeah, yeah, yeah, yeah.



Im Wald und auf der Heide - #07



Aus der Serie "Heimische Pflanzenwelt". Heute: Freiland-Nazissen. Der botanische Arm der AfD.



Aus der Reihe "Orte, die zum Verweilen einladen". Heute: Das Gästehaus "Melancholie" des Psychiatrischen Klinikums Willi Reich Nachf.



Vegan Guerilla #09 - Fuscher

Für Fans des Regionalen & Saisonalen sind die Monate April und Mai – seien wir ehrlich – keine wirklichen Highlights des Jahres. Also konzentrieren wir uns mal auf das Wenige, was schon sprießt, und dasjenige, was im Keller vielleicht noch vor sich hin schrumpelt.

Die Kartoffel erlöste Europa ja von allzu häufigen Hungerkrisen. Und dass sie satt machen kann, zeigt unser heutiges Gericht: Fuscher. Manche behaupten ja, erst die Ost-Flüchtlinge hätten diese Leckerei in unsere Region gebracht – aber in Österreich gibt's auch was sehr Ähnliches unter dem Namen „Sterz“. Wie wird's gemacht?

Kartoffeln schälen, vierteln und kochen. Von der Menge her sollten es pro Person mindestens 500 Gramm sein, eher mehr. Und das Ganze am Besten in einem größeren Topf. Wenn die Kartoffeln fertig gegart sind, wird's etwas hektisch: Kochwasser abgießen und dann ein knappes Drittel des Kartoffelvolumens unter die Kartoffeln stampfen – am Besten anfangs mit einem Kartoffelstampfer aus Metall, am Ende vielleicht besser mit einem aus Holz. Schnell werdet ihr merken, dass es jetzt gut ist, eine zweite Person dabei zu haben: Eine hält den Topf, die andere stampft – zwischendrin etwas Salz begeben. Dann stellt sich irgendwann die Frage der Konsistenz. Faustregel: Die Fuscher-Basis ist fertig, wenn sich der Klumpen beim Stampfen vom Topfrand löst – bis dahin immer ein bisschen Mehl hinzufügen.

Dann eine große Pfanne anschmeißen, Öl heiß werden lassen und den „Fuscher“ in gut esslöffelgroßen Stücken „abzupfen“ und in die Pfanne geben. Da sollte die Stücke dann goldbraun gebraten werden, wobei eine exotische Würze aus Curry und Paprika möglich, aber nicht notwendig ist. Wenn's soweit fertig ist, kann mensch ähnlich wie bei Pommes noch nachsalzen, falls erforderlich.

Einer Soße bedarf es nicht wirklich. Ein bisschen frisch lässt sich das Ganze machen, indem jetzt z.B. Kresse oder der erste Schnittlauch drübergestreut werden – oder halt einen kleinen Feldsalat dazu.

Auf den Nachtisch verzichten wir mal – ihr werdet merken, warum.

Celler Stadtrat diskutiert im Mai

„TTIP in die Kommunen tragen“ - mit dieser Kampagne zielt attac darauf, dass Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte Resolutionen gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP (wie auch gegen CETA und TISA) verabschieden. An die 100 kommunale Gremien haben schon kritische Resolutionen beschlossen. In Celle sah es erst so aus, als wolle die Verwaltungsspitze dem Rat einen Maulkorb umhängen. Gestützt auf ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages weigerte sich Oberbürgermeister Mende zunächst, eine Resolution von Bündnis '90/Die Grünen und Die Linke/BSG auf die Tagesordnung der Ratssitzung im März zu setzen. Doch dann teilte der Deutsche Städtetag seinen Mitgliedsgemeinden mit, dass er die im Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes vertretene Rechtsauffassung für unzutreffend hält. Nun wird es wohl in der Ratssitzung am 21. Mai einen gemeinsamen Antrag fast aller Ratsfraktionen geben.

Angriff auf öffentlichen Sektor

Bündnis '90/Die Grünen und Die Linke/BSG hatten für ihre im Februar eingebrachte Resolution den Musterentwurf von attac zur Grundlage genommen. Bernd Zobel, Fraktionsvorsitzender der Bündnisgrünen, begründete dies damit, dass es nicht darum gehe, bestimmte Parteipositionen durchzusetzen. Seiner Auffassung nach könnten die Kommunen massiv betroffen sein: „Mit TISA zum Beispiel sollen in Zukunft Konzerne mit der öffentlichen Daseinsvorsorge – also mit Bildung, Gesundheit und Wasser – Kasse machen dürfen. Und was einmal privatisiert ist, soll dann nie mehr öffentlich organisiert werden können – egal ob Wasserversorgung, öffentlicher Nahverkehr oder Stadtwerke.“ Auch Oliver Müller, Fraktionsvorsitzender von Die Linke/BSG, sieht die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland gefährdet: „Die Freihandelsabkommen zielen ganz klar auch auf den öffentlichen Sektor. Deshalb ist es erforderlich, dass in der Öffentlichkeit deutlich wird, dass es in den kommunalen Gremien selbst ein Misstrauen gibt und bestimmte Dinge aus unserer Sicht eben nicht verhandelbar sind.“ Und weiter: „Wir teilen die Befürchtungen vieler Bürgerinnen und Bürger, dass die Freihandelsabkommen eine Privatisierungsspirale in Gang setzen sollen, von der vor allem Banken und Konzerne profitieren. Es geht um eine Attacke gegen soziale Rechte und demokratische Prinzipien. Deshalb muss aus unserer Sicht das ganze Projekt beerdigt werden.“

Nachdem sich zuletzt Bundeskanzlerin Merkel deutlich für die Durchsetzung von TTIP stark gemacht hatte, war es eher unwahrscheinlich, dass die Resolution im Rat eine Mehrheit bekommen hätte. Immerhin sah sich die SPD-Ratsfraktion genötigt, eine eigene

Resolution vorzulegen, die sich eng an der Idee sogenannter Positivisten orientiert. Damit ist gemeint, dass nur Dienstleistungen, die dafür ausdrücklich vorgesehen sind, liberalisiert werden dürfen. Diese Position ist im halblinken Raum der SPD angesiedelt, aber durchaus nicht in Übereinstimmung mit den An- und Absichten von Parteichef und Wirtschaftsminister Gabriel. Er befand etwa im November, trotz der umstrittenen Schiedsgerichte solle Deutschland dem CETA-Abkommen mit Kanada zustimmen.

Ratsangelegenheit – ja oder nein?

So gab zunächst das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes der SPD-Ratsfraktion eine gute Vorlage, nach links geblinkt zu haben, aber trotzdem nicht abbiegen zu müssen. Ihr Fraktionsvorsitzender Jürgen Rentsch begründete die Zurücknahme der Resolution so: „Leider mussten wir feststellen, dass es im Rat an einer Zuständigkeit dafür tatsächlich fehlt [...]. OB Mende hat uns bereits darauf hingewiesen, so dass es zu keiner Befassung im Rat kommen wird.“

Bernd Zobel (Bündnis '90/Die Grünen) erklärte uns gegenüber noch vor der Stellungnahme des Deutschen Städtetages: „Mich beeindruckt das nicht. Wir wollen eine Diskussion im Rat, auch um die Relevanz der

campac!de



Probleme für die kommunale Ebene deutlich zu machen.“ Oliver Müller (Die Linke/BSG) sah das ähnlich: „Die formalen Gründe sind vorgeschoben. Damit wird Kommunalpolitik entpolitisiert. Geht es den Rat wirklich nichts an, ob künftig Wasser- und Abwasserwirtschaft vor Privatisierung geschützt sind, ob die Energiewirtschaft rekommunalisiert werden darf oder ob sich Shopping-Malls in die Altstadt klagen können?“

In der Verwaltungsausschusssitzung vom 17. März haben sich, so Oliver Müller uns gegenüber, die Fraktionen von CDU, SPD, Unabhängigen, Bündnis '90/Die Grünen und Die Linke/BSG darauf verständigt, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Müller: „Das wird dann sicher nicht mehr die rigorose Ablehnung sein, die wir gemeinsam mit den Grünen wollen. Aber erstens zeigt die Befassung im Rat dann, dass das Thema die Stadt etwas angeht, zweitens wird mit einem Mehrheitsbeschluss immerhin die Bundesregierung davon in Kenntnis, dass ihre Freihandelseuphorie in den Kommunen nicht geteilt wird.“

Städtetag gegen „Liberalisierung“

Dass Freihandelsabkommen eine enorme Bedeutung für die Städte und Gemeinden haben können, zeigt der Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetags. Er forderte die Bundesregierung auf, „sich gegenüber der EU-Kommission mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die kommunale Daseinsvorsorge, darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, vom derzeit mit den USA verhandelten Freihandelsabkommen – und allen weiteren Handelsabkommen – explizit ausgeschlossen wird.“ Der bisherige Prozess der Verhandlungen sei in höchstem Maße intransparent und vernachlässige die Rechte der gewählten Parlamentarier*innen auf europäischer, nationaler und Länderebene sowie die der Kommunen.

Der Hauptausschuss argumentiert weiter: „Auch wenn sich das Handelsabkommen nicht direkt mit den Organisationsformen und -aufgaben der öffentlichen Verwaltung befasst, können sich die Inhalte des Abkommens indirekt auf die kommunale Organisationsfreiheit auswirken. Beschränkend für die Organisati-

onsfreiheit könnte sich beispielsweise eine Marktzugangsverpflichtung auswirken. Diese untersagt lokale Monopole und ausschließliche Dienstleistungserbringer. Somit würde einer Kommune zwar nicht vorgeschrieben, wie sie die öffentliche Daseinsvorsorge zu erbringen hat. Die Marktzugangsverpflichtung könnte jedoch dazu führen, dass neben den kommunalen auch private Unternehmen die Daseinsvorsorgeaufgaben wahrnehmen können müssen und Rechtsform einschränkungen für die Erbringung nicht zulässig sind.“

Selbstverständlich geht es dabei auch um den viel kritisierten Investorenschutz: „Es besteht die Befürchtung, dass Investitionsschutzklauseln, wie sie auch im TTIP enthalten sein dürften, mittelbare Auswirkungen auf die Gestaltungsfreiheit der Kommunen bei der Organisation ihrer Aufgaben haben könnten. Unternehmen wäre es im Rahmen einer Investitionsschutzklausel erlaubt, Staaten vor nicht öffentlichen Schiedsgerichten auf entgangene Gewinne zu verklagen.“

Große Befürchtungen scheint der Hauptausschuss des Städtetages hinsichtlich des Wasser- und Abwasserbereichs zu haben: „Die öffentliche Daseinsvorsorge darf daher insbesondere in den Bereichen, in denen sie wichtige Aufgaben in nicht-liberalisierten Märkten wahrnimmt, keinesfalls einer Liberalisierung unterworfen werden. Darunter fällt insbesondere die Wahrnehmung der Aufgaben in der Wasserver- und Abwasserentsorgung.“

All diese Befürchtungen werden detailliert begründet in einer Studie, die der Handelsexperte Thomas Fritz für Campact erstellt hat (Titelbild siehe auf Seite 17). Er kommt u.a. zu folgendem Fazit: „Da es keine grundsätzliche Ausnahme der öffentlichen Daseinsvorsorge von TTIP gibt, ist eine weitere Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Leistungen zu befürchten. Die in den ersten Entwürfen der EU-Verpflichtungsliste enthaltene Ausnahmeklausel für öffentliche Dienstleistungen („public utilities“) bietet zu viele Schlupflöcher, um diese effektiv zu schützen. Dies eröffnet privaten Unternehmen zahlreiche Möglichkeiten, gegen den Wettbewerb durch kommunale oder im öffentlichen Auftrag tätige private Unternehmen vorzugehen. Durch die Standstill- und Ratchet-Klauseln schließlich werden Revisionen vergangener Liberalisierungen, wie etwa Rekommunalisierungen, zu Vertragsverstößen.“

Die gemeinsame Resolution von Bündnis '90/Die Grünen und Die Linke/BSG findet sich im Ratsinformationssystem unter

<http://celle.allris-online.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=5241>

die der SPD-Ratsfraktion unter

<http://celle.allris-online.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=5256>

Die Broschüre "TTIP vor Ort" lässt sich herunterladen unter

<http://blog.campact.de/2014/09/exklusiv-studie-zeigt-ttip-abkommen-mit-usa-nimmt-kommunen-und-bundeslaender-in-wuergegriff/>



Kompromisse "konstruktiver Mehrdeutigkeit"

Fragt man am Stammtisch des Lehrer Lämpel oder des Schneiders Böck nach, wie viel Mrd. € schon für die Griechenlandrettung verausgabt worden sind, wird man möglicherweise sehr unterschiedliche, aber in der Tendenz eindeutige Antworten bekommen: Zu viele. Die zutreffende Antwort lautet jedoch "Null", mehr noch: Selbst in den Jahren mit einem Primärdefizit im griechischen Haushalt flossen netto Milliardenbeträge für Zinsen aus Griechenland ab. Waren das vor der Krise noch rund 16 Mrd. € jährlich, so sank dieser Betrag aufgrund der deflationären Abwärtsspirale, die durch die von den Gläubigern aufgezwungene Schock-Therapie verursacht worden ist, auf rund 6 Mrd. € 2014.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage, ob es sich um ein "Hilfsabkommen" oder ein "Kreditabkommen" handelt, nicht von untergeordneter Bedeutung, sondern betrifft im Sinne Orwells die Frage von Wahrheit und Lüge: Die sogenannte Rettung Griechenlands war und ist eine Bankenrettung und darüber hinaus ein Geschäft, aber, und das zeigen die Verhandlungen zwischen der neuen griechischen Regierung und den Staaten der Eurozone sowie dem IWF, viel mehr als das. Es geht um die Herrschaftsverhältnisse in Europa, die nackte Macht. [...]

Berlin als Zuchtmeister der EU

Nirgends wird dabei die Austeritätspolitik so rückhaltlos als das richtige Rezept verteidigt wie in Berlin, nirgendwo tritt die antidemokratische Staatsauffassung in der Tradition Carl Schmitts offener zu Tage als in den Worten und Taten Wolfgang Schäubles. Souverän ist dem staatsrechtlichen Vordenker des Dritten Reiches zu Folge derjenige, der über den Ausnahmezustand verfügt. Mit der Rede von den Verträgen, die eingehalten werden müssen, war nichts anderes gemeint, als die verfassungs-, europa- und völkerrechtswidrige Diktatur der Troika in Griechenland fortzusetzen. [...]

Mit der Botschaft, man sei zwar gutwillig, sitze aber am längeren Hebel wird das Eingeständnis vermieden, dass die Austeritätspolitik auf europäischer Ebene gescheitert ist. Zudem möchte man die Verantwortung für das Desaster der Rettungspolitik der politischen Linken in Griechenland anlasten. Denn selbst wenn die griechische Regierung die seit 2010 abgeschlossenen Kreditverträge mit den Staaten der Eurozone und dem IWF einhalten wollte: Sie wäre dazu nicht in der Lage. Vollkommen irreführend ist dabei die Behauptung, Griechenland müsse vertragstreue sein: Mit den Kreditverträgen vom Mai 2010 sind europäisches Recht, die griechische Verfassung und das Völkerrecht gebrochen worden. Die Forde-

rung nach Vertragstreue ist also nichts anderes als die Forderung, den faktischen Staatsstreik der Troika nachträglich zu sanktionieren. [...]

Situation in Griechenland

Griechenland ist noch viel tiefer in der Krise als 2010, als das Land von der EU und dem IWF "gerettet" wurde: Betrugen die Staatsschulden 2009 rund 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), waren es Ende 2014 trotz des Schuldenschnitts 2012, der vor allem zu Lasten der griechischen Banken und Sozialversicherungskassen ging, rund 175 Prozent. Diese Steigerung ist nicht nur durch Einbruch der Wirtschaft um mehr als ein Viertel bedingt, auch in absoluten Zahlen bewegen sich die griechischen Staatsschulden mit rund 320 Mrd. € über dem Niveau von 2009. [...]

Mit dem viel gerühmten Primärüberschuss im Haushalt – das ist das Haushaltssaldo vor Schuldendienst – verhält es sich ähnlich: Angesichts der sinkenden Wirtschaftskraft des Landes ist dieser nur auf Basis von stetigen Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen zustande gekommen. In der Konsequenz ist das Gesundheitssystem weitgehend zusammengebrochen, Schulen können nicht mehr beheizt werden und vor den Suppenküchen werden die Schlangen immer länger. Ökonomisch ist damit kein grundlegendes Problem gelöst worden, im Gegenteil: Dem Primärüberschuss von rund 2,5 Mrd. € stehen Forderungen gegenüber dem Staat von mehr als 7 Mrd. € und Steuerausfälle von mehr als 75 Mrd. € gegenüber, und monatlich kommt rund eine weitere Milliarde dazu. Das liegt nicht daran, dass die Steuerzahler nicht zahlen wollen – wer mit seinen Steuern im Rückstand ist, kann mit einer Gefängnisstrafe belegt werden. Die meisten Privathaushalte und Unternehmen mit Steuer-

EU / Griechenland – Autoritäre Krisenpolitik und demokratischer Widerstand

Vortrag und Diskussion mit Dr. Gregor Kritidis (Hannover)

Mi., 20. Mai, 19.30 Uhr, Kino 8 ½, Veranstalter:
RLS Niedersachsen

Kritidis (Jg. 1971) studierte Politische Wissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie an den Universitäten Hannover und Athen, er ist in der politischen Erwachsenenbildung tätig. Im vergangenen Jahr erschien sein Buch „Griechenland – auf dem Weg in den Maßnahmestaat? Autoritäre Krisenpolitik und demokratischer Widerstand“ Hannover 2014, ISBN: 978-3-94-544702-4, 15 €)

rückständen sind schlicht nicht in der Lage, die Außenstände gegenüber den Fiskus zu begleichen.

Das gelobte leichte Sinken der Arbeitslosenzahlen – offiziell sind 26 Prozent der Griechen ohne Job, mit der grauen Ökonomie dürften es wesentlich mehr sein – hat seine Gründe in dem banalem Umstand, dass immer mehr Menschen das Land verlassen. [...]

Der Bankensektor sieht sich immer noch großen Problemen gegenüber. Die Forderungen der wiederholt mit Mitteln aus den Rettungspaketen restrukturierten Banken sind zu 70 % "notleidend" und müssen mittelfristig zu großen Teilen abgeschrieben werden. Insgesamt ist die innere Verschuldung ebenso groß



wie die äußere: Von den über 300 Mrd. € Schulden von Bürgern und Unternehmen gegenüber dem Fiskus, den Sozialversicherungen und Banken sind etwa 200 Mrd. € fällig, d.h. sie werden nicht mehr bedient. Schon 2011 haben Menschen in großem Umfang Vermögen wie Autos, Grundbesitz oder Schmuck zu Schnäppchenpreisen veräußert, die ökonomischen Reserven vieler Familien sind längst aufgebraucht.

Bisher haben sich die Gläubiger Griechenlands – das sind mittlerweile vor allem der IWF, der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM und die EZB – damit beholfen, die Zinssätze zu senken und die Laufzeiten der Kredite zu verlängern. Doch selbst bei einem Zinssatz von 2,5 Prozent belaufen sich die Zinsen auf rund sechs Mrd. € jährlich, das sind gut 12 Prozent des Haushalts. Bei sinkender Wirtschaftsleistung ist die Schuldentragfähigkeit des Landes längst nicht mehr gegeben.

Die gegenwärtige ökonomische Lage ist jedoch alles andere als unbeabsichtigt, sondern eine zwingende Konsequenz der von Berlin und Brüssel favorisierten Austeritätspolitik: Die aus Vertretern der EZB, der EU-Kommission und des IWF bestehende Troika hat wiederholt die "innere Abwertung", das heißt das Sinken von Löhnen, Gehältern sowie Preisen für Waren und Dienstleistungen, zum Ziel erklärt. Dieses Ziel einer allgemeinen Deflation ist auch erreicht worden, mit der unvermeidlichen Folge, dass das griechische Nationaleinkommen im Verhältnis zu den Staatsschul-

den gesunken ist. Die gegenwärtige Situation ist daher nichts weiter als der politische Ausdruck einer ökonomisch unhaltbaren Lage. [...]

Die Verhandlungen in Brüssel

Der Spielraum der griechischen Regierung war also von Beginn an sehr begrenzt, die Vereinbarung vom 20. Februar 2015 ist von diesem asymmetrischen Kräfteverhältnis gekennzeichnet. Darin erkennt die griechische Regierung grundsätzlich alle Schulden an und verpflichtet sich dazu, keine eigenständigen Schritte zu unternehmen. Die Restmittel des alten Programms sollen in Raten ausgezahlt werden, ohne dass auf die Forderungen vom Herbst 2014 noch einmal Bezug genommen wird. [...] Eine Festlegung auf die Höhe eines Primärüberschusses erfolgte nicht. Einer der Schlüsselsätze dieses Papiers lautet: "Die Gelder werden für die Dauer der MFFA-Erweiterung weiter zur Verfügung stehen und dürfen nur für die Rekapitalisierung und Auflösung von Banken genutzt werden." Ferner heißt es: "Die Griechische Regierung verzichtet darauf, irgendwelche Maßnahmen zurückzunehmen und einseitig Änderungen an den politischen und strukturellen Reformen vorzunehmen, die negative Auswirkungen auf fiskalische Ziele, die ökonomische Erholung oder die finanzielle Stabilität haben; dies unterliegt der Beurteilung durch die Institutionen."

Das ist fraglos auslegbar, auch wenn sich die "Institutionen" das letzte Wort vorbehalten. Bleibt festzuhalten: Von einer Umschuldung ist in dem Papier keine Rede, und Athen hat sich verpflichtet, keine einseitigen Maßnahmen vorzunehmen. Von den Forderungen der Troika vom Herbst 2014 ist aber auch nichts mehr zu lesen, und im Prinzip werden die fiskalischen Ziele (Primärüberschuss) von den ökonomischen Entwicklungen abhängig gemacht, sodass der Aderlass der griechischen Wirtschaft gestoppt ist. [...]

Entscheidend wird in den nächsten vier Monaten, also der Laufzeit der Vereinbarung, sein, ob sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der EU verschieben. Fraglos ist eine Alternative zur Politik der EU in ihrer jetzigen Form möglich, doch dazu braucht es eine Alternative zur gegenwärtigen Politik der Bundesregierung. Diese spielt zur Zeit in Europa nach der russischen Administration die destruktivste Rolle.

Die Sozialen Bewegungen haben in Griechenland einen historischen Sieg errungen. Der Ausnahmezustand einer "kommissarischen Diktatur" (Carl Schmitt) auf Zeit ist seit dem 25. Januar 2015 in Griechenland beendet. Trotz ökonomischer Depression, sozialer Verelendung und politischer Entrechtung hat die griechische Bevölkerung die Demokratie wieder erkämpft und mehrheitlich ein zivilisatorisches Niveau an den Tag gelegt, dass für die Menschen in ganz Europa beispielhaft werden muss, wenn die offene Barbarei verhindert werden soll.

Der ganze Aufsatz vom 6.3.2015 (inkl. Fußnoten) unter: www.sopos.org/aufsaeetze/54f9897e932cb/1.phtml

Reinhard Rohde und Tim Wegener veröffentlichen „Frühe Berichte von der Verfolgung“

„... melde ich mich als von den Nazis Geschädigter“

Im November 1945 rief die Stadt Celle ihre Bürgerinnen und Bürger auf, Bericht zu erstatten über Schäden, die sie durch die nationalsozialistische Herrschaft erlitten hätten. Es meldeten sich Betroffene, die ihre Demütigungen und Ausgrenzung, ihre berufliche oder wirtschaftliche Benachteiligung sowie ihre Verfolgung und Haft aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen schilderten. 118 Berichte haben Reinhard Rohde und Tim Wegener jetzt unter dem Titel „... melde ich mich hiermit als von den Nazis Geschädigter - Frühe Berichte von der Verfolgung in Celle“ in ihrem demnächst erscheinenden Buch dokumentiert und kommentiert. Wir sprachen mit den beiden Autoren über die Bedeutung der Berichte.

?: Wie seid ihr eigentlich auf diesen Quellenbestand gestoßen?

RR: Die beiden Aktenbestände sind schon in den frühen 1990er Jahren von Bertram für seine Stadtgeschichte genutzt worden. Wir haben sie auch gelegentlich genutzt, z.B. für die Darstellung der Verfolgung von Celler Kommunistinnen und Kommunisten. Aber erst im Zusammenhang mit Forschungsarbeiten, die in den vergangenen Jahren zur Geschichte der Wiedergutmachung in Westdeutschland erschienen sind, ist uns aufgegangen, welche Bedeutung dieser Quellenbestand als Ganzes hat. Die Wiedergutmachungsgesetzgebung setzt Ende der 1940er Jahre ein und gewinnt in den 1950er Jahren ihre endgültige Form. Wer auf dieser Grundlage dann Wie-

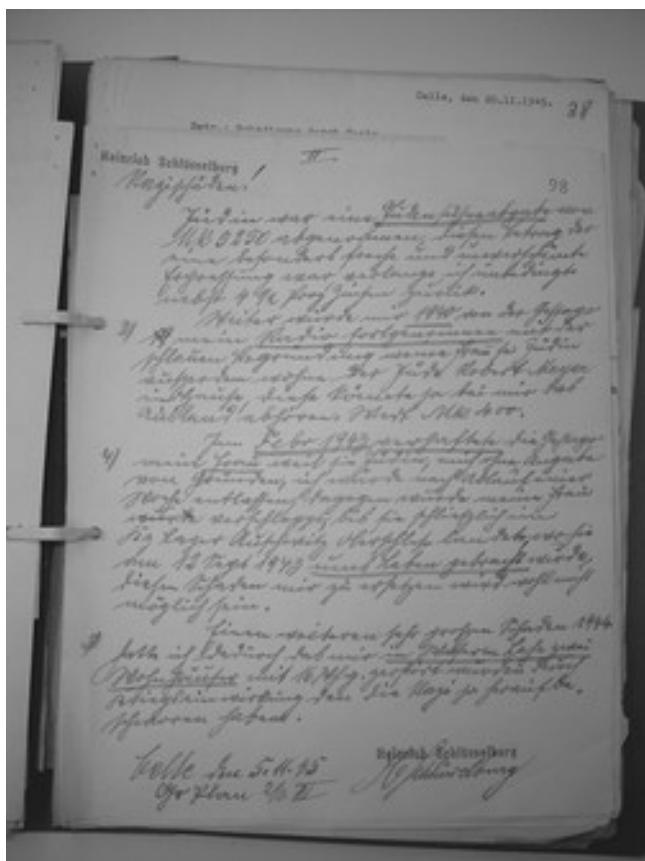


dergutmachungsanträge stellte und die eigene Verfolgungsgeschichte schilderte, wusste in der Regel, was die Behörden für entschädigungswürdig einstufen. Das Besondere des Celler Quellenbestands ist nun, dass die Berichte zeitnah zum Ende des Nationalsozialismus und noch nicht im Hinblick auf eine bestehende Gesetzgebung gegeben werden.

TW: Uns ist in dieser Hinsicht bundesweit kein vergleichbarer Aktenbestand bekannt. Die Berichte zeigen eine enorme Bandbreite: berufliche und wirtschaftliche Benachteiligungen, alltägliche Demütigungen und Ausgrenzung, Verfolgung und Haft aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen. Und das spielt sich alles ab in einer kleinen Stadt, so dass Beziehungsgeflechte unter den Opfern wie auch unter den Tätern sichtbar werden. Uns kam bei der Arbeit selbstverständlich entgegen, dass wir uns seit Jahren mit der Lokalggeschichte des Nationalsozialismus beschäftigen.

?: Euer Buch ist jetzt ja weit mehr als eine Quellensammlung, weshalb sich vielleicht auch erklärt, dass ihr so lange an dieser Veröffentlichung gearbeitet habt.

RR: Die ursprüngliche Idee war in der Tat eine „klassische“ Quellenedition, weil wir die Berichte an sich schon für sehr lesenswert hielten und halten. Im Herbst 2006 haben wir dann mit den Abschriften begonnen, was auch schon eine gewisse Zeit erforderte, weil viele Berichte mit der Hand geschrieben waren. Der nächste Schritt war dann, einzelne Berichte mit Wiedergutmachungsakten im Niedersächsischen Landesarchiv abzugleichen. Uns hat interessiert, wie, ob und in welcher Weise die Betroffenen dann tatsächlich entschädigt wurden. Und um das mal anschaulich zu machen: Wenn wir hier in Celle den halbseitigen handgeschriebenen Bericht eines Kommunisten haben, der kaum mehr enthält, als die Angaben der Haftzeiten, stoßen wir bei Wiedergutmachungsverfahren der Betroffenen in Hannover regelmäßig auf einen Aktenbestand von mehreren hundert Seiten. Dabei waren dann nicht die in der Regel leicht belegbaren Haftzeiten das Problem, sondern es ging in solchen Fällen behördenseitig z.B. darum, ob und in welcher Weise gesundheitliche und berufliche Schäden haftbedingt waren oder eben nicht. Die Auswertung dieser



Links der handschriftliche Bericht von Heinrich Schlüsselsburg, dessen Frau Jenny am 12. September 1943 in Auschwitz ermordet wurde.

Akte hat also auch ihre Zeit gebraucht.

TW: Im Celler Stadtarchiv haben wir dann weitere Akten erschlossen, in denen Aspekte einzelner Schicksale, z.B. eine Geschäftsschließung oder eine Entlassung aus dem öffentlichen Dienst behandelt wurden. Zu den ausführlichen Einleitungen zu den einzelnen Fallkomplexen mussten wir uns selbstverständlich z.B. auch intensiv mit den gesetzlichen Grundlagen der Verfolgung befassen. Bis zur Pogromnacht schafft sich der nationalsozialistische Staat ja für Ausgrenzung und Terror zumeist gesetzliche Grundlagen. Das alles lässt sich nicht so nebenbei machen, und wir haben die Arbeit an dem Buch immer mal wieder für andere Projekte unterbrochen. Deshalb hat es eben einige Jahre gedauert.

?: Wie kam es eigentlich dazu, dass ausgerechnet in Celle die Stadtverwaltung ihre Bürgerinnen und Bürger dazu aufrief, derartige Berichte zu geben?

RR: Zwei Akteure scheinen uns dafür wichtig gewesen zu sein: zum einen Ernst Schädlich, der zweite Mann hinter Oberbürgermeister Meyer, der als Sozialdemokrat 1933 aus der Verwaltung entfernt wurde und im Mai 1945 auf seinen alten Sessel zurückkehrt, zum anderen der von den Briten eingesetzte Oberbürgermeister Walter Hörstmann. Letzterer kündigte in einer Ratssitzung im August 1945 an, „das Celler Bürgern durch längere KZ-Haft angetane Unrecht dadurch einigermaßen wiedergutzumachen, indem ihnen ein kleines Einfamilienhaus errichtet und übereignet wird“. Wir vermuten, dass Schädlich unter anderem beabsichtigte, für dieses Versprechen eine Datenbasis zu schaffen.

?: Das ist ja ein erstaunliches Wiedergutmachungsversprechen. Was ist davon im weiteren Verlauf übrig geblieben?

RR: Nachdem es zunächst Landes- und dann Bundesregelungen gab, fand man eine andere, aber der ursprünglichen Intention noch entsprechende Regelung. Die Stadt bot den durch längere Gefängnis- und KZ-Haft Geschädigten günstige Grundstücke an, z.B. in der Pastor-Kittel-Straße. Und einige Betroffene brachten ihre gesetzlichen Haftentschädigungen von 150 DM pro Haftmonat in diese Grundstückskäufe und den Hausbau ein.

?: Das betraf ja wohl vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten. In welcher Weise reflektiert die Stadt in dieser Phase eigentlich die verfolgten und ermordeten Celler Jüdinnen und Juden?

TW: Man kann den Eindruck haben, dass diese Verbrechen verdrängt wurden. Die nach der Befreiung Belsens



Angehörige des Rotfrontkämpferbund (RFB) Celle (etwa 1928). Aus der hinteren Reihe waren nach 1933 in Gefängnissen und/oder Konzentrationslagern: Willy Lindner, Hans Orth, Paul Hartmann, Heinrich Schang.

in Celle wohnenden Überlebenden wurden im Aufruf dadurch ausgeschlossen, dass – wie es heißt – für die Meldung nur diejenigen Einwohner in Frage kämen, die vor dem 1. April 1945 in der Stadt Celle ihren ständigen Wohnsitz gehabt hätten. Und die emigrierten Celler Juden bzw. Angehörige der Ermordeten konnte man mit dem Aufruf ja gar nicht erreichen. Zurückgekehrt nach Celle war Rosa Karmainsky, die Tochter des ermordeten Ehepaars Wexseler. Sie gab einen Bericht ab und die Verwaltung bemühte sich, ihr bei der Existenzgründung zu helfen – woraus aber aus unterschiedlichen Gründen nichts wurde. In einem anderen Fall ist die Verwaltung aber sehr abweisend: Gerhard Lindenberg, im NS-Jargon ein „Halbjud“, durfte ab Anfang 1939 nicht mehr als Fahrlehrer arbeiten. Er verlor so seine Existenzgrundlage und lebte fortan unter Gestapo-Überwachung und ab 1942 in ständiger Angst, deportiert zu werden. Er forderte im Juli 1945, dass man ihm als Entschädigung die Leitung der Städtischen Werke übertragen möge. In einem Ratsprotokoll dazu heißt es: „Diese Forderung wird einmütig als völlig unberechtigt zurückgewiesen und dem Oberbürgermeister darüber hinaus empfohlen, zu gegebener Zeit gegen L. Strafantrag wegen Nötigung zu stellen.“

?: Ihr habt die Berichte auf neun Kapitel aufgeteilt: Denunziation, wirtschaftliche Schäden und Benachteiligung, Berufsbeamtengesetz und davon abgeleitete Verordnungen, Verfolgung und Verhaftungen aus politischen Gründen, Bibelforscher – Verfolgung aus religiösen Gründen, Juden – Verfolgung aus „rassischen“ Gründen, Zwangssterilisation, Freimaurerlogen und Sonstige.

TW: Das zeigt die große Breite sowohl der Formen wie auch der Gründe von Ausgrenzung und Verfolgung. Vor Denunziation war kaum jemand gefeit. Ein interessantes Beispiel ist hier Hermann Moeck, Gründer des Moeck-Verlags. Ab 1936 beschäftigt sich die NSDAP-Kreisleitung in Zusammenarbeit mit der Gestapo auf Basis einer Denunziation über Jahre intensiv mit Moeck. Verdächtig



Links: Entlassungsschein von Bernhard Klein aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen.

machte ihn, dass er den Deutschen Gruß verweigerte, die Hakenkreuzflagge nicht hisste und Kontakte ins Ausland hatte. Moeck hatte – wie seine Enkelin uns berichtete – eine ihn betreffende Akte kurz vor dem Einmarsch der Briten aus der verlassenen Kreisleitung entwendet. Davon legte er seinem Bericht Abschriften bei, die wir auch dokumentieren. Vorsicht war geboten, und es wird deutlich, dass Moeck sich dessen durchaus bewusst war. Ein lockeres Mundwerk konnte Geld- oder Haftstrafen zur Folge haben, wie zwei Fälle zeigen: Friedrich Boissevain verließ 1936 den Schweineschulzen mit dem Gruß „Haile-Selassie“, was ihn einigen Ärger und 100 RM Geldstrafe kostete. Der Tierarzt Reinhard Döhler wurde Anfang 1944 wegen folgenden Satzes denunziert: „Schöne Schweinerei, der Russe ist durchgebrochen, wenn das so weiter geht, ist er im März in Breslau“. Er verbrachte 29 Tage in Haft, ihm wurde das Hören und Verbreiten von Nachrichten ausländischer Sender vorgeworfen. Einem Prozess konnte er durch Zahlung von 6000 RM an das Deutsche Rote Kreuz entgehen. Die Berichte geben so gesehen auch einen tiefen Einblick in Teile des Alltags im Nationalsozialismus.

RR: Bei den Berichten wird auch deutlich, dass die „Ausrottung des Marxismus“, wie es Hitler in seiner ersten Ansprache als Reichskanzler zugespitzt formuliert hat, ein wesentliches Ziel des Nationalsozialismus war. Kommunisten und Sozialdemokraten bilden, was Berufsverbote sowie Gefängnis- und KZ-Haft betrifft, die größte Gruppe unter den 1945 abgegebenen Berichten. Und das ist kein Zufall. Weniger in den Berichten an die Stadt, schon aber in der Wiedergutmachungsakten, die wir hier in den meisten Fällen ergänzend hinzuziehen konnten, wird auch der Terror der Lager sehr anschaulich. Rainer Marwedel, Herausgeber der Theodor-Lessing-Werkausgabe, hat uns aus dem Nachlass seines Großvaters Adolf Marwedel einen umfangreichen Bericht über dessen KZ-Haft zugänglich gemacht, den wir auch dokumentieren.

?: Wieso meint Ihr, dass diese Berichtsammlung außerhalb der Lokalgeschichtsschreibung von Bedeutung ist?

TW: Für die allererste Nachkriegsphase wird immer noch gern auf die Sammlung der sogenannten Erlebnisberichte aus dem Landkreis Celle von Hanna Fuess zurückgegriffen, die Rainer Schulze 1991 veröffentlicht hat. Darin werden vor allem die Mentalitäten der ländlichen Eliten deutlich, die zu den Stützen und Profiteuren des Nationalsozialismus gehörten und die das Jahr 1945 als Zusammenbruch erlebten. Die frühen Berichte von Opfern aus der Stadt Celle liefern so auch ein Gegenbild auf die damals so nahe Vergangenheit, denn für sie bedeutete das Ende der NS-Herrschaft eben Befreiung. Auch hier gilt, was wir immer gerne sagen: Lokale Geschichtsforschung kann exemplarische Erkenntnisse zum „großen Ganzen“ liefern. Und dann ist es halt die Tatsache, dass uns kein vergleichbarer Aktenbestand bekannt ist.

Reinhard Rohde, Tim Wegener: „... melde ich mich hiermit als von den Nazis Geschädigter“ - Frühe Berichte von der Verfolgung in Celle“ (= Celler Beiträge zur Landes- und Kulturgeschichte), Bielefeld 2015, ISBN: 978-3-89534-980-5, Preis: 24 Euro (ab Ende April/Anfang Mai im Buchhandel)

70 Tage Gewalt, Mord, Befreiung Blog informiert über das Kriegsende 1945 in Niedersachsen

Zum 70. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung haben die niedersächsischen Gedenkstätten unter der Adresse <http://blog.befreiung1945.de> einen Internet-Blog erarbeitet, der seit dem 27. Februar täglich bis zum 8. Mai Ereignisse vorstellt, die sich vor genau 70 Jahren in Nordwestdeutschland ereignet haben. Mit prägnanten Texten und vielen historischen Quellen aus in- und ausländischen Archiven werfen die Beiträge exemplarisch Schlaglichter auf Verbrechen, die Angehörige von SS, Gestapo, Polizei, Wehrmacht und Volkssturm, aber auch Zivilisten in den letzten Tagen des Krieges begangen. Zudem schildern sie die Situation der Häftlinge und Gefangenen in den Lagern und anderen Haftstätten kurz vor und nach ihrer Befreiung.

Mit den „Kriegsendphasenverbrechen“, wie es die Justiz später nannte, eskalierte der NS-Terror in den letzten Kriegswochen – nun jedoch nicht mehr irgendwo im vermeintlich fernen „Osten“, sondern noch mehr als bereits zuvor in aller Öffentlichkeit, inmitten der deutschen Gesellschaft. Die Befreiung bereits vor Augen, fielen den Massakern und Todesmärschen in den letzten Tagen des Krieges Hunderttausende KZ-Häftlinge, Kriegs- und Strafgefangene, Zwangsarbeiter/innen und andere Verfolgte des NS-Regimes zum Opfer. An wievielen Orten in Niedersachsen solche Verbrechen begangen wurden und wie die einheimische Bevölkerung sich dazu verhielt, schildern die Tagesbeiträge eindringlich. Insbesondere die Perspektive der Opfer kommt dabei zum Tragen.



Filmaufnahmen aus Celle und Bergen während des NS

Im Archiv der Agentur Karl Hoeffkens finden sich einige online gestellte private Filmaufnahmen aus Celle und Bergen während der 1930/1940er Jahre. Auf einer Sequenz sind zum Beispiel ein Festumzug in Celle 1937 sowie eine Gedenkfeier auf dem Gelände der CD-Kaserne zu sehen; zu Bergen gibt es Sequenzen zu (wahrscheinlich) einem 1. Mai-Aufmarsch sowie vom Bau einer Baracken für – wie wohl die Filmrolle beschriftet war – das KZ Bergen-Belsen. Mehr unter:

<http://archiv-akh.de/filme/8#1> und

<http://archiv-akh.de/filme/1122#1>

Es gibt ein Leben nach der zweiten Liga?

Kiez ist was schönes; Kiezfussball auch. Wer kennt hierzulande nicht den Sympathieträger-Verein aus der Hansestadt, den alle mögen und wo doch der grottigste Fussball der Republik gekickt wird. Derlei Kandidaten finden sich auch in good old England: Wigan Athletic, Luton Town. Und die Stadt Luton ist, noch dazu in den beginnenden 80-er Jahren (als Scheisse Aussehen Mode war) und schon unter der Fuchtel der „Eisernen Lady“ Thatcher ein wahrer Hort der Desillusionierung. - 1985 war das Ende des berühmt-berüchtigten Bergarbeiterstreiks in Britannien



Zum Verweifeln für einen heranwachsenden guitarreklimpernden Schüchterling wie Robert, gäbe es da nicht das Göttergeschenk: Musik; - präziser den RockandRoll!

Robert lernt den bizarren Fran kennen, später kommen noch die allseits angehimmelte Trez (natürlich: CELLO!) und deren immerfort nur vorübergehend dazu gehörender Bruder Sean (drums) dazu. Eigent-

lich eher unabsichtlich wächst da eine Art Band zusammen, wobei die Jungs zunächst vereint sind in der Ablehnung jedweden Lerneifers in Sachen Musikhandwerk. Trez hält die Bengels allerdings in der Spur.

Man begibt sich nach London, Hauptstadt der Bewegung; man jammt, man säuft und macht so junge Leute-Dinge und irgendwann klingelt in der abgerissenen Möchtegern-Stars WG das Telefon: Peel höchst-persönlich ist am Apparat und es folgt tatsächlich die Einladung in das Allerheiligste: ein Aufnahme-Session bei TOTP (TopofthePops für Nicht-Eingeweihte).

Damit beginnt eine turbulente Geschichte von Liebe, Hoffnung und auch vom fortgesetzten Scheitern. Unsere Helden gehen in die Staaten, der Big Apple stellt sie alle auf harte Proben, jedoch nimmt eine große Karriere ihren Anfang; es beginnt die Welttournee - - und dann kommen die Katastrophen.

Ja, das Schöne ist nur der Anfang des Schrecklichen.

Es folgen überraschende Wendungen und ein gutgemeinter Romanschluss.

Joseph O'Connor lehrt „creative writing“; sein Buch ist unterhaltsam. Ist spannend. Ist witzig. Sehr witzig und anrührend.

Jedes wirklich gute Buch öffnet ein Fenster in unsere Seelen hinein. Der Rezensent staunt: Gibt es womöglich

sogar ein Leben nach der Champions-League?

Danke MR C !!

GEPUNKT

Joseph O'Connor: Die wilde Ballade vom lauten Leben. Roman. Aus dem Englischen von Malte Krutzsch. 22,99 € , ISBN: 978-3-10-002296-7 , voraussichtlich ab dem 7. Mai 2015 im Buchhandel

Miss Blackpool

Als in Deutschland im Fernsehen gerade mal Heinz Erhardt und Werner Finck als humoristische Hochkultur stattfanden, gab's in England schon die ersten Sit-Coms. Um Entstehung und Erfolg einer solchen Serie und ihre Protagonisten geht es in Nick Hornbys Roman „Miss Blackpool“. Star der Serie wird eine junge Frau, die in Blackpool den Gewinn einer „Miss-Wahl“ ablehnt und sich aufmacht ins London der Swinging Sixties. Hornby erzählt mit einem dokumentarischen Begleitton, der deutsche Leser*innen irgendwann glauben lassen könnte, das alles habe es so gegeben. Ein netter kleiner Fake: Er lässt Jimmy Page die Titelmelodie der Sitcom einspielen – und zwar „Freddie Freeloader“ von Miles Davis. (Ich habe tatsächlich danach gegoogelt, ob der Gitarrist von Led Zeppelin eine solche Aufnahme gemacht hat.)

Der Roman lässt sich als unterhaltsames Zeitkolorit lesen, aber Hornby hat eine nicht uninteressante Leitfrage: Wie beeinflussen einige wenige, manchmal nur eine Entscheidung das ganze weitere Leben? Wieviel war und ist davon abhängig, dass man/frau zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort war? Beim Personal von „Miss Blackpool“ wird ihr Zusammentreffen bei „Barbara (und Jim)“, so der Titel der fiktiven Sitcom, zu einem großen Weichenstellen. Selbstverständlich ist der Serie kein ewiger Erfolg beschieden. 50 Jahre später überredet ein junger Produzent das alte Team zu einer Theaterfassung von „Barbara (and Jim)“. Die Protagonisten kommen noch einmal zusammen und ziehen Bilanz ...



Hornby, der es in „High Fidelity“ liebte, alles in einer „Top Five“ zu listen, würde seinen neuen Roman sicher auch selbst nicht unter den drei besten Arbeiten sehen. Aber – wie immer macht er gut, was er kann: „*Meine Begabung liegt in der Beobachtung ziemlich kleiner Bewegungen in der Beziehung normaler Menschen.*“

rr.

Nick Hornby: Miss Blackpool. Roman. Aus dem Englischen von Isabel Bogdan und Ingo Herzke. ISBN: 978-3-462-04690-8. Erschienen am: 13.11.2014, 432 S., 19,99 €

Kunst im Kasten – kalkulierte Entgleisungen

In seinem brillanten Essay "Eins zu eins" hat Harry Walter vor 20 Jahren auf eine Funktion der Eisenbahnmodellbaulandschaften hingewiesen, die die ehemaligen Wehrmachtssoldaten eher für sich als für und mit ihren Kindern in den 1950er/1960er Jahren in Kellern und auf Dachböden entwarfen: „Zunächst ging es dabei natürlich um die private Konstruktion oder Rekonstruktion von Idylle [...]; im weiteren um den Wiederaufbau Deutschlands aus dem Geist einer heilgebliebenen Bergwelt. Jeder gute und jeder schlechte Deutsche verfügt über so etwas wie eine innere Schweiz, in die er sich im Bedarfsfalle, d.h. wenn die äußeren Verhältnisse als zu prosaisch empfunden werden, zurückziehen und ausspannen kann. Hier, im Faltenentwurf erhabener Ideen, nistet sich die komplizierte Seele am liebsten ein. Hier darf sie in engen Schleifen um sich selber kreisen.“ Den Kindern – so auch meine Erinnerung – wurde diese fertig eingerichtete Welt schnell langweilig. „Die Verschweizerung Mitteleuropas verschafft offenbar keine anhaltende Befriedigung. [...] Immer wieder wird die Modellbahnanlage deshalb zum Ort genau kalkulierter Entgleisungen.“

„Kunst im Kasten“ lautet der Titel der Sonderausstellung im Kunstmuseum, in der wir erneut in die Schaukastenwelten von Peter Basseler blicken können. Und so wie im vergangenen Jahr Celle durch die Arno-Schmidt-Ausstellung „zur Stadt“ wurde, haben „wir“ diesen Sommer über wieder was, in das „wir“ unsere Bekannten aus den großen Städten oder auch die vom Land kommen, gern begleiten werden.

Was macht Basseler? Er baut dreidimensionale Szenarien in Schaukästen, Diaramen würde wahrscheinlich die Kulturwissenschaftlerin sagen, und gewährt den Betrachter*innen einen Blick auf „Welten“, in denen seine Figuren ihre Fantasien (aus)leben oder mit Umständen konfrontiert werden, die sich selbst psychoanalytisch kaum enträtseln lassen – genau kalkulierte Entgleisungen.

Der Versuch einer Beschreibung auch nur eines einzigen dieser Schaukästen muss im Format unserer Zeitschrift scheitern, nur ein Detail zu „vergessen“ verträgt sich nicht mit der Detailversessenheit der Objekte. Und sie sind in 3-D und Farbe, so dass auch Fotos in unserem Heft nichts anschaulich machen können.

Trotzdem hier mal ein Foto eines Teils eines Schaukastens aus dem Jahr 1988 mit dem Titel „Betr. Radfahrer: Bildung seiner Legende“. Peter Basseler fügt den meisten Objekten eine knappe Textergänzung bei, hier: „Bis vor wenigen Jahren überquerte im Sommer täglich an dieser Stelle ein Kleingärtner mit seinem Fahrrad die Straße. Zur Erinnerung an diesen Radfahrer wurde ihm hier ein Denkmal gesetzt - eine lebensechte Nachbildung seiner selbst. Im Winter wird die küstennahe Straße oft überschwemmt und friert zu. / Zur letzten Weihnachts-saison kamen "Radfahrer"- Schlitten für Kinder auf den Markt und wurden ein großer Verkaufserfolg.“ Die "Rad-

fahrer"- Schlitten sind auf dem Foto kaum zu erkennen – genauso wenig wie ein Bretterzaun und ein Wachturm im rechten Schaukastendrittel. Das Vorderrad, auch dies lässt das Foto nur erahnen, ist im Eis eingefroren. Ich erspare mir hier jeden Interpretationsversuch und weise lieber darauf hin, dass im Schallplattenladen links die Cover der ausgehängten LPs alle erkennbar sind. Und ich wage mal die Behauptung, es dürfte sich um Lieblingsalben Basselers handeln. Bei dem 1947 gebürtigen Hannoveraner gehören noch dazu Chuck Berry, Little Richard, Elvis und Buddy Holly (eher in Form von „Best-Of“-Alben), oben und im Zentrum des Schaufensters sind ausgestellt: Bob Dylan: Highway 61 revisited,



Rolling Stones: Aftermath, Jimi Hendrix Experience: Electric ladyland – und die erste LP der Pretty Things. Leicht aus dem Rahmen fallen Motörhead (No sleep 'til hammersmith) sowie Edith Piaf und Freddy. Dieser Plattenladen ist selbstverständlich biografisch „zu lesen“. (Vor einigen Jahren war in Celle einmal eine Ausstellung mit Fotos Basselers aus Chicago zu sehen, die kuratorisch insoweit verhunzt war, als der im Hintergrund laufende Chicago Blues auf weniger als Zimmerlautstärke reduziert war.)

Kurzum: Basselers Blick auf die Welt hat einen Begriff von „Freiheit“, der nichts mit cooler Automobil-Werbung zu tun hat, und dessen Kritik nicht mit Benetton-Werbung. Ein Beispiel aus dem Jahr 1985 ist die „Daylight-Treppe“ (siehe Foto), der Text dazu: „Im Schacht einer von unten einsehbaren, diagonal aufsteigenden Abzugshaube führt eine steile Treppe nach oben zu einem Ausgang mit zwei Türen. Durch den linken Ausgang gelangt man an die frische Luft, rechts kommt man zum Tageslicht. Tageslicht und Atemluft werden von der Firma "Sunnyland" gebührenpflichtig an den Verbraucher weitergegeben. (Der Konzern besitzt auch die Nutzungsrechte für große Teile des nächtlichen Himmels als Werbefläche).“

Wie Betrachter*innen einbezogen werden, erleben wir zum Beispiel beim „Spiegeltransport“ - der Text be-

schreibt knapp den Schaukasten Aufbau: „Zwei verschmutzte Krankenpfleger tragen einen Spiegel durch eine mittelalterliche Schlammstraße. Ein Träger blickt erschrocken auf zum überdimensionalen Betrachter [= uns], der sich im Spiegel sieht.“ Und ja – wir sehen uns in dem Spiegel, den die beiden Männer tragen.



Mit einer gehörigen Portion Ironie beschrieb Basseler selbst seine Objekte mal so:

„Häufig werden improvisierte Wohn- und Lebensverhältnisse thematisiert. Aus der fernen Sicht durchorganisierte, gegen Zufälle abgesicherter Lebensführung mögen die Szenerien kalt und trostlos erscheinen. Aus der Nähe betrachtet handelt es sich um Darstellungen einiger noch unverplanter Freiraum-Reservate mit erbaulichem Tagesprogramm. Nicht lebenserfahren genug ist derjenige, der hier über das Gefühl von Trostlosigkeit nicht hinauskommt – ähnlich dem, der ein Leben lang die kalte Dusche meidet und das Wohlgefühl danach nicht kennt. Etwaige apokalyptische Signale in den Schaukästen wollen nicht deprimieren, sie sind Betablocker fürs Überleben: Soeben noch sichtbare frische, heile Lebensaspekte werden schon ausgespart, weil sie als instabil, als "sinkendes Schiff" erkannt sind. Körpertraining heißt mehr tun als im Augenblick nötig, und das Leistungslevel zu erhöhen, um im Bedarfsfall gerüstet zu sein; so auch hier: Wir trainieren angesichts von Horror das Gefühl von Unterhaltung und Wohlbefinden ein. Man kann so beruhigter in die Zukunft sehen, gewiß sein, daß man alles getan hat, um zukünftige Belastungen leichter zu nehmen. Sehr eifrige Trainierer können bald vor lauter Spannung das nächst Schlimmere kaum erwarten.“

Ja – genau das erleben wir beim Gang durch eine Basseler-Ausstellung. Und wir können nur empfehlen das Training in diesem Sommer aufzunehmen. Die Ausstellung beginnt am 26. April und läuft bis zum 20. September. Immer freitags ist der Besuch von Museum und Kunstmuseum übrigens kostenlos.

Mehr auf Basselers Internetseite: www.peterbasseler.de/

Walter, Harry: Eins zu Eins. Ein Fotoalbum zum Wiederaufbau Deutschland. - In: Harald Welzer (Hg.), Das Gedächtnis der Bilder. Ästhetik und Nationalsozialismus. Tübingen 1995, S. 115-163. [leider auch antiquarisch 28 Euro]

Streiflichter

50 Jahre Kunstverein Celle

Im Februar 1965 soll in der Gotischen Halle des Celler Schlosses eine Ausstellung mit den beiden Künstlern WP Eberhard Eggers aus Hannover und Werner Hilsing aus Abbenzen eröffnet werden.

Ausgerichtet wird die Ausstellung von Paul Baak und Dirk Huiskens, seinerzeit Vorsitzende des BBK aus Celle, und kuratiert von dem Galeristen Rudolf Jüdes aus Hannover. Der hat zusammen mit den beiden Künstlern ein großes, weißes Ausstellungsplakat gestaltet, das u.a. neben den Titeln und Techniken eine Beschreibung - und hier kommt der Skandal ins Rollen - eine Beschreibung der damit verbundenen Intention beinhaltet.

Hilsing attestiert Jüdes eine unerschöpfliche Phantasie, in seinem Werk tanzten „*exhibitionistische Triebbefreiung und feinsinnige Markierung ein schemenhaftes Ballett*“. Zu WP Eberhard Eggers ist auf dem Plakat zu lesen: „*[ein] Schöpfer einer durch und durch künstlichen Welt, in der mit dem Entsetzen Scherz getrieben wird*“. Alles weist also darauf hin, daß es nun auch in Celle Avantgardistisches zu sehen gibt.

Bei der Vorbesichtigung entdecken die eingeladenen Journalisten das Unglaubliche: Weibliche Geschlechtsteile! Menschliches Gedärm! Der Kulturdezernent Dr. Leister („*Pissbudenmalerei*“) empfiehlt, einige Bilder abzuhängen, die Cellesche Zeitung meldet Protest an, weil: „*Zur Kunst gehört [...] beispielsweise auch Geschmack*“.

Kurzum, Eggers und Hilsing packen, völlig empört und genervt, ihre 100 Bilder zusammen und fahren nach Haus. In der Ausgabe des „Vorwärts“ vom 17. März 1965 wird Celle „*als eine der letzten Hochburgen gegen die moderne Kunst*“ bezeichnet. Um diese Hochburg zu schleifen, gründet sich noch im selben Jahr der Kunstverein Celle.

Sehr zu empfehlen ist der Katalog zur diesjährigen Ausstellung: Durch die RWLE Möller Stiftung finanziert, liebevoll gestaltet von Brigitte Flick, werden in ihm alle Künstler*innen mit ihren Ausstellungen der letzten 50 Jahre angeführt.

Die Ausstellung in der Gotischen Halle ist bis zum 26. April von Di. bis So., 10 bis 13 und 13.30 bis 17 Uhr geöffnet.



Anna Oppermann: "Dahlie" (Kommode, Zeichnungen, Fotografien, Objekte, Leinwand)

Andreas Babel: Kindermord im Krankenhaus

Mehr als 5.000 geistig und körperlich behinderte Kinder wurden zwischen 1939 und 1945 in 30 sogenannten „Kinderfachabteilungen“ von Krankenhäusern durch ihre Ärzte ermordet. Das Hamburger Kinderkrankenhaus Rothenburgsort (KKR) war eines davon. Hier wurden mindestens 56 Kinder durch Spritzen mit dem Barbiturat Luminal getötet.

Eine der Täterinnen dort war die spätere Leiterin der Kinderklinik am Celler AKH, Dr. Helene Sonemann. Obwohl man es spätestens seit zwei Veröffentlichungen im SPIEGEL in den frühen 1960er Jahren hätte wissen können, waren ihre Taten seinerzeit weder für die AKH-Leitung noch für die lokale Öffentlichkeit „ein Problem“. Erst im Zusammenhang mit dem Tod ihres Mannes Fritz Darges, dem ehemaligen Adjutanten des „Führers“ und späteren Geschäftsführer des Deutschen Roten Kreuzes in Celle, kamen die Kindermorde in Rothenburgsort (wieder) an die Öffentlichkeit. Helene Sonemann-Darges war da schon zehn Jahre tot. Der Vorstand des AKH beauftragte seinerzeit Raimond Reiter mit einer Untersuchung, die 2011 unter dem Titel „Dr. Helene Sonemann – erfolgreiche Kinderärztin und Verstrickungen in NS-Verbrechen“ erschien. Es ist kaum anzunehmen, dass der Titel der Auftragsarbeit von Raimond Reiter stammt.



Andreas Babel, Blattmacher bei der Celleschen Zeitung, hat sich seit 2009 mit Darges-Sonemann und der Kinderfachabteilung Rothenburgsort beschäftigt. Er bringt schon im Titel seines jetzt erschienenen Buches auf den Punkt, dass es nicht um irgendeine Form von Verstrickung ging, sondern um: „*Kindermord im Krankenhaus*“. Und er verspricht im Untertitel eine Antwort auf die Frage: „*Warum Mediziner während des Nationalsozialismus in Rothenburgsort behinderte Kinder töteten*“.

Wissenschaftlich ist das Verbrechen in der Dissertation „*Die „Euthanasie“ an Kindern während des Nationalsozialismus in den zwei Hamburger Kinderfachabteilungen*“ von Hendrik van den Bussche untersucht. Dies und auch die Ermittlungsakten der Hamburger Staatsanwaltschaft aus dem Jahr 1948 bilden die Basis für Babels weitere Recherchen: Er widmet sich vor allem den Täter*innen und spürt ihren Lebensgeschichten nach. Er fragt, warum sie so handelten, wie sie handelten – und

ob die Morde irgendeine Bedeutung für ihr weiteres Leben und ihre Karrieren hatte. Babel macht dies auch mit journalistischen Methoden, so befragt er z.B. Verwandte der Täter*innen nach ihrem Wissen um die Verbrechen und mögliche Aufarbeitung bzw. Distanzierung. Vieles bleibt spekulativ, aber der Autor macht so eine zusätzliche Perspektive auf – nämlich die der Nachgeborenen.

Über die Biografien von vier Kinderärztinnen, die sich dem Morden entzogen, verweist Babel zudem auf Möglichkeiten, die auch die Täter*innen gehabt hätten. Doch es ist erschreckend, dass es Reue oder Einsicht in die eigene Schuld nicht gab. Zu einer Verurteilung war es 1949 nicht gekommen, weil das Gericht den Angeklagten den Glauben zugestand, im Sinne eines Gesetzes gehandelt zu haben, das es nicht gab. Als Sonemann 1976 in den Ruhestand verabschiedet wurde, verglich sie ihr Berufsleben mit einer Wanderung und kam zu dem Fazit: „Das Ziel ist ohne Unfall erreicht.“

Gerade bei den jungen Ärztinnen machte der Karrierewunsch sie skrupellos, sie teilten – wie der Autor im Einzelfall belegen kann – die sozialdarwinistischen Weltansichten des NS und sie handelten aus autoritätsgebundenen Mentalitäten. Babel macht deutlich, dass vor wie auch nach 1945 die Ermordung Behinderter in großen Teilen der Gesellschaft als „Gnadentod“ gesehen wurde, was die Täter*innen in ihrem Unrechtsbewusstsein bestärkte.

Gerade die in Teilen journalistische Herangehensweise macht dieses Buch lesenswert. Der Autor hat Fragen, die er mit seinen Leser*innen teilen will. Und er will zur Entwicklung von Haltungen beitragen, die erlauben, sich gegen Unrecht zu stellen. Die Bedingungen von Handeln zu verstehen, kann dabei hilfreich sein. Verstehen muss nicht dazu führen, ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie es den Nachgeborenen in Deutschland Jahrzehnte abverlangt wurde. So schleicht sich auch bei Babel noch ein Nebensatz ein, wonach zwei Väter von Täterinnen, „sich als Beamte natürlich mit dem Schreckenssystem arrangierten“.

Andreas Babel: *Kindermord im Krankenhaus. Warum Mediziner während des Nationalsozialismus in Rothenburgsort behinderte Kinder töteten*. 224 Seiten, ISBN 9783954940578, Bremen 2015. 16,90 €

PS.: An dieser Stelle mal eine Selbstkritik. Als nach Babels Buchvorstellung in der Synagoge eine Teilnehmerin die „Euthanasie“-Morde auf eine Stufe mit Abtreibungen auf Grundlage medizinischer Indikationen stellte und so indirekt abtreibende Frauen als Mörderinnen „verurteilte“, hätte man/frau das nicht so stehen lassen sollen. Nur, wer hat schon parat, dass a.) die embryopathische Indikation 1995 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wurde, b.) der Gesetzgeber zwischen Leben und Leibesfrucht unterscheidet, c.) es der § 218a ist, der die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs regelt.

Foto: Stolpersteine zur Erinnerung an die in Rothenburgsort ermordeten Kinder.

Tim Mitchell Band am 20. und 21. April in Celle

Papa was a rolling Stone

Wenn es eine Band gibt, für die der *Herzog Ernst* inzwischen als Heimspiel-Arena gilt, dann ist es die TIM MITCHELL BAND. War jemand häufiger in der Kneipe in der Neuen Straße zu Gast? Ich glaube nicht. Und jedesmal ist der Laden voll. Und das zu recht.

Tim Mitchell, der Gründer und Sänger der Band, wird dieses Jahr sechzig – die 70er, 80er und 90er Jahre war er vor allem mit Gesangsgruppen aus Philadelphia unterwegs: The Stylistics, The Drifters und Harold Melvin and The Blue Notes. Da hat er nur eben gar nicht gesungen, sondern Bass gespielt – aber unverkennbar ist sein Gesang heute von diesem Teil seiner Lebensgeschichte geprägt: Seine Stimme ist funky & smoothy in einem, und mit seiner Kopfstimme setzt er dem Ganzen hier und da noch ein Sahnehäubchen auf. Vor gut 15 Jahren blieb Tim Mitchell dann in Spanien hängen und tourte eine Zeitlang als Sänger der Vargas Blues Band, mit der er dann wahrscheinlich erstmals in Celle war. Von da hat er eine Portion Blues (und ein bisschen Latin-Style) mit in seine eigene Gruppe genommen.

Eine Band ist eine Band ist eine Band ... aber nur, wenn die Rhythmusgruppe groovt. Und da hat man im *Herzog Ernst* selten etwas Besseres gesehen als Patti Ballinas an den Drums und Victor Tugores Rodriguez am Bass. Rodriguez macht auf seinem Fünfsaiter wunderschöne Sachen, die z.B. an James Jamerson erinnern – und nebenbei: Wie er innerhalb eines Stück einfach Mal vom Fingerpicking in ein unaufdringliches Slap-Spiel wechselt, hat schon Klasse. Und Ballinas hat zu ihren soliden Beats immer überraschende Fill-Ins zu bieten. - In Celle dabei war bisher jeweils der Gitarrist Unai Iker, sehr funky und mit erstklassigen, durchdachten Soli. Vor zwei Jahren war am Piano Reinaldo Apad Santos, letztes Jahr Paul Jobson, den man auch von Sam Kelly's UK Allstars kennt.

Neben einem Haufen eigener Nummern von „Time“,



dem letzten Album der Band, sind es vor allem einige Standards, die die Band zu einem großartigen Live-Act machen. Hier ist bewusst von „Standards“ die Rede, weil es eben nicht ums punktgenaue „Covern“ geht, sondern eigene Interpretationen von großen Stücken der Blues- und Soulmusik: Papa was a rolling Stone, Superstition, Purple Rain, Thrill is gone, Kansas City, The most beautiful Girl in the World (Prince), Tobacco Road, Them Changes (Buddy Miles) ... alles sehr funky, mit passigen Arrangements.

Eine der schönsten eigenen Nummern, bei der alle Bandmitglieder ihre Qualitäten voll ausspielen, ist „Uncle Bo“ - auf dem Album meine persönliche Nummer Eins. Herausragend sind meines Erachtens aber auch das latin-balladige „A Matter of Time“ mit fantastischem Bass und vollem Bläsersatz sowie „Treat me right“, ein Gesangsduo mit Sharon McKie, derenthalben Tim Mitchell – so die Legende – in Spanien landete. Ein bisschen kurios ist „I don't trust myself“: Falls Phil Collins noch einmal einen Hit bräuchte, sollte er dieses Stück nehmen und am Bobby-Womack-mäßigen Arrangement nicht viel ändern.

Also: Wer auf Soul-Funk-Blues steht, sollte in jedem Fall an einem der beiden Tage in den *Herzog Ernst* kommen. Und da es bei Amazon das Album „Time“ nur zum Download gibt, sollte man einfach beim Konzert zugreifen: Unter den insgesamt 16 Stücken gibt es allemal genug Perlen, die den Kauf lohnen.

Fotos: Christine Maas

NSU-Prozess

Zwischen Vertuschung und Aufklärung

Am 24.04.2015 kommt Yavuz Narin nach Celle. Narin ist Nebenklageanwalt im seit Mai 2013 laufenden Verfahren gegen Beate Zschäpe sowie vier mutmaßliche Helfer und Unterstützer des Naziterror Netzwerks Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Er ist nahezu an jedem Verhandlungstag in München anwesend, daher erhoffen sich die Veranstalter, durch ihn „sonst kaum erfahrbare Eindrücke und Einblicke in den Prozess erhalten“.

Er wird über den Verlauf des Verfahrens berichten. In einem Interview aus dem vergangenen Jahr äußerte er sich zu dem Prozess folgendermaßen: „Manchmal ist man schon ernüchtert und verzweifelt, wenn Zeugen offensichtlich die Unwahrheit sagen, und uns die Mittel fehlen, ihnen beizukommen. Andererseits erleben wir als Vertreter der Nebenklage Erfolge bei der Aufklärung, mit denen wohl niemand gerechnet hätte. So konnten wir etwa recherchieren, dass das hessische Landesamt für Verfassungsschutz wenige Wochen vor den tödlichen Schüssen auf Halit Yozgat in Kassel dienstlich mit der Mordserie an Migranten türkischer und griechischer Herkunft befasst war.“

Eine der wichtigsten Erkenntnisse aus dem Prozess ist für Narin, „dass man die Arbeit der Sicherheitsbehörden kritisch hinterfragen muss.“

Es werden bei dem Vortrag von Narin neben der Verstrickung der Behörden die Opferperspektiven sowie die rassistische Stigmatisierung der Opfer und deren Angehörigen thematisiert. Bereits kurz nach der Tat seien seine Mandanten, die Angehörigen des am 15. Juni 2005 in München erschossenen Theodoros Boulgarides von der Polizei mit kompromittierenden Fragen konfrontiert worden. Dabei hätten sich die Ermittler besonders auf einen angenommenen kriminellen Hintergrund des Opfers konzentriert, so Narins Anschuldigungen.



Die Angehörigen der Opfer seien öffentlich durch den Schmutz gezogen worden, so Narin weiter. Jahrelang standen die Angehörigen der Opfer des NSU selbst in dem Fokus der Ermittlungen. Sein erschütterndes wie eindeutiges Urteil lautet: „Das Bild der Migranten ist von tiefstem Rassismus geprägt. Das gilt ausnahmslos für alle an dem Fall beteiligten Behörden.“

Die Veranstaltung findet am 24.04.2015, um 19.00 Uhr in der Kreuzkirchengemeinde (Windmühlenstr. 45, Celle) statt. Der Eintritt ist frei. Veranstalter: Diakonisches Werk, Arbeitskreis Ausländer, Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus

Foto: David Liese



Gesetzlicher Mindesthohn

Früher Unmögliches wird zum Normalfall: Lachen über Armut, Mitgefühl für Superreiche, ein fortschrittlicher Papst. Verstehen Sie das auch nicht? Dann kommen Sie in die Vorstellung und lassen Sie uns wenigstens gemeinsam drüber lachen.

Singende Chefs, sprechende Mülltonnen und weinende Zyniker versammeln sich als Kulturhappen mit uns im Wartesaal der turbo-kapitalistischen Globalisierung. Schauen Sie doch mal rein – Ihr Platz ist längst reserviert. Umgeben von Zäunen und überwacht durch die NSA ist Unterhaltung bitter. Bitter nötig. Wär' doch gelacht. Lustige Lieder und vorlaute Reden, garnicht subtil, aber stilsicher dargeboten von Bengt Kiene und musikalisch begleitet von Achim Kück.

Einige werden Bengt Kiene sicher von Produktionen der Hebebühne Hannover oder der Kammerspiele Hannover kennen, wo er u.a. auch mit den ehemaligen Cellern Oskar Ansell und Knut Gminder zusammengearbeitet hat.

Veranstalter des Kabarett-Abends ist der Celler Rosa-Luxemburg Club in Kooperation mit der RLS Niedersachsen.

Freitag, 1. Mai 2015, 20.00 Uhr

Kunst & Bühne, Eintritt: 5 Euro (Erwerbslose haben freien Eintritt)



Kino 8 ½ im April

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



3. und 4. April

Inherent Vice – Natürliche Mängel

Ein kalifornischer Hippie-Detektiv wird im Jahr 1970 in einen labyrinthischen Fall mit diversen Entführungen, Morden, Drogendelikten und Verschwörungen hineingezogen. Seine Drogensucht erschwert die Ermittlungen ebenso wie die Rivalität mit einem anhänglichen Polizei-Lieutenant. Ein überzogener Kiffer-Noir nach einem Roman von Thomas Pynchon, der sein schräges Figurenarsenal in ein irrwitziges Szenario voller comichafter Gags stürzt. Das Fehlen von Handlungslogik und einer tiefergehenden Ausleuchtung der zeitgeschichtlichen Hintergründe gehört dabei ausdrücklich zum Programm des zitatereichen, äußerst vergnüglichen Films.

USA 2014, Kinostart: 12.02.2015; 148 Minuten

10. und 11. April

Wild Tales - Jeder dreht mal durch!

In sechs Episoden, die von Demütigung und teils absurd übersteigter Vergeltung handeln, entfaltet sich ein aufschlussreiches Bild des gegenwärtigen Argentinien, das von gesellschaftlichen Gräben, Korruption, Willkür und Aggressivität geprägt ist. Dabei reicht der Ton der in sich geschlossenen Sequenzen, die durch ihre süffisante Lust am boshafte Witz miteinander verbunden sind, von schwarzhumorigen Comic-Szenarios bis zur subtilen Gesellschaftssatire. Der virtuose Einsatz der filmischen Mittel geht mitunter auf Kosten der Figurentiefe, bezeugt aber in der fesselnden Bebilderung anarchischer Eskalationen eine umso eindrücklichere Form der Gesellschaftskritik.

Argentinien/Spanien 2014, Filmstart: 08.01.2015, 122 Minuten

Do., 16. April, 19.30

Wem gehört die Stadt - Bürger in Bewegung

Wie gestaltet man den öffentlichen Raum jenseits von Privatisierung und Kommerzialisierung? Wer bestimmt warum über die Gestaltung des „living room“? Wie sieht Bürgerbeteiligung aus in Zeiten von Politikverdrossenheit und Misstrauen gegenüber dem Finanzkapital? Müssen Entscheidungs-

gen transparent gemacht werden? Ist Bürgerbeteiligung ein Wert an sich? Darf die Politik in Fragen der Stadtentwicklung Vertrauen zu kompetenten Bürgern entwickeln? Gibt es intelligente Architekturkonzepte, die ökonomisch und ökologisch überzeugen? Ab welchem Zeitpunkt beginnt die Verantwortung des Bürgers bei Fragen der Stadtentwicklung?

Dokumentation über die Auseinandersetzungen um die Bebauung des Helios-Geländes in Köln, die alle Seiten zu Wort kommen lässt und sich sehr bewusst darauf beschränkt, die Abläufe zu beobachten und zu dokumentieren. Der Verzicht auf Wertung oder Parteinahme führt dazu, dass sich viele wichtige Fragen auftun, die für zivilgesellschaftliche Entscheidungsprozesse von hoher Relevanz sind.

Deutschland 2014, Kinostart: 19.02.2015, 93 Minuten

in Koop. Mit attac und RLS Niedersachsen, Eintritt frei

17. und 18. April

Selma

Im Januar 1965 eskalieren die US-amerikanischen Rassenunruhen. Der Anführer der Bürgerrechtsbewegung, Martin Luther King, konzentriert seine Bemühungen auf die Stadt Selma, wo die Segregation in vollem Umfang betrieben wird. Ein packendes Historiendrama, das die Bürgerrechtler als ausdifferenzierte Gruppe würdigt, insbesondere aber von der subtilen Interpretation des Hauptdarstellers getragen wird. Die christliche Motivation der Aktivisten vermittelt sich dabei ebenso unaufdringlich wie Kings außergewöhnliche Persönlichkeit sowie sein Blick für realpolitische Notwendigkeiten.

USA 2014, Kinostart: 19.02.2015, 128 Minuten

Do., 07. Mai, 19.00

Der blinde Fleck Das Oktoberfestattentat 1980

Der Film handelt von dem Anschlag auf das Münchener Oktoberfest im Jahr 1980, dem schwersten Terroranschlag der deutschen Nachkriegsgeschichte, das 13 Todesopfer forderte und 211 Verletzte und der Suche nach Täter und Motiv.

Die Behörden verfolgten eine Einzeltäterthese und betrachteten den Fall als erledigt. Ulrich Chaussy vertrat stets eine andere Meinung und machte es sich zur Lebensaufgabe, die wahren Hintergründe herauszubekommen.

Bei dem Spielfilm aus dem Jahr 2013 führte Daniel Harrich Regie und schrieb das Drehbuch gemeinsam mit Ulrich Chaussy, auf dessen Buch „Oktoberfest – Das Attentat: Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann“ der Film beruht.

Ulrich Chaussy steht nach der Filmvorführung dem Publikum für Fragen und zur Diskussion zur Verfügung.

Deutschland 2013; Kinostart: 23.01.2013; 92 Minuten

Veranstalter: Diakonisches Werk, Arbeitskreis Ausländer, Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, Eintritt frei

Politische Termine in und um Celle

Mi., 01. April, 20.00

Europa zwischen Weltmacht und Zerfall

Vortrag und Diskussion mit Rainer Trampert, Hamburg

VHS Celle, Trift 20, Eintritt frei
Veranst.: RLC Celle

Fr., 03. April, 13.00

Mahnwache gegen Ludendorffer

Dorfmark, Ortskern

Sa., 04. April, 13.00

Demo gegen Ludendorffer

Start Dorfmark, Bahnhof

Mi., 08. April, 14.30

Antifaschistischer Stadtrundgang

Die Historiker Reinhard Rohde und Tim Wegener führen an Orte, die für Opfer, Täter und Zuschauer in der Zeit des Nationalsozialismus von Bedeutung waren.

Anmeldung bei VHS, Kosten: 6,- €
Treffpunkt Synagoge, Im Kreise

Mi., 08. April, 19.00

Celle, April 1945: Bombenangriff und Massaker an KZ-Häftlingen

Der Historiker Dr. Bernhard Strebel (Autor der Studie „Celle April 1945 revisted“) stellt seine Forschungsergebnisse unter Einbeziehung neuer Quellenfunde vor.
Celler Synagoge, Im Kreise 24

Sa., 11. April, 9.30 – 17.30

Celle – Altstadt neu denken Damit Denkmalpflege und Stadtentwicklung keine Gegensätze sind

mehr unter: www.slu-boell.de/
Veranst.: Stiftung Leben & Umwelt
VHS Celle, Eintritt frei

Mi., 15. April, 19.30

Gedenkveranstaltung „Lichter auf den Schienen“

- zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen

Veranst.: AG Bergen-Belsen
Gedenkstätte Bergen-Belsen, Rampe

Sa., 18. April, 11.00 – 13.00

Globaler Aktionstag gegen TTIP

Info-Stand vom Forum gegen Atomenergie in der Poststraße

Fr., 24. April, 19.00

NSU-Prozess - zwischen Vertuschung und Aufklärung

Vortrag und Diskussion mit Yavuz Narin, Rechtsanwalt und Nebenklageanwalt im Münchner NSU-Prozess (sh. Seite 29)

Veranst.: Diakonisches Werk, Arbeitskreis Ausländer, Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus
Kreuzkirchengemeinde, Windmühlenstr. 45, Eintritt frei

So., 26. April, 13.30

Gedenkveranstaltung am Sowjetischen Mahnmal

zum 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen

Veranst.: VVN/BdA und DGB
Kriegsgefangenenfriedhof Bergen-Belsen

So., 26. April, 15.00

Gedenkveranstaltung mit Anita Lasker-Wallfisch

Veranst.: AG Bergen-Belsen
Gedenkstätte Bergen-Belsen, Rampe

Fr., 01. Mai, 10.00

1. Mai Kundgebung zum int. Tag der Arbeit des DGB

Das musikalische Begleitprogramm

bestreiten Stars & Bars, erstmals mit Joe Burke (vocals), sowie dem Gitarrenentertainer und Einmann-Orchester Oliver Giles
Stechbahn, Celle

Fr., 01. Mai, 20.00

Gesetzlicher Mindestlohn

Lustige Lieder und vorlaute Reden, garnicht subtil, aber stilsicher dargeboten von Bengt Kiene und musikalisch begleitet von Achim Kück (s. S. 29)

Veranst.: RLS Niedersachsen
Kunst & Bühne, Nordwall 46
Eintritt: 5,- € (Erwerbslose frei)

Do., 07. Mai 19.00

Film: Der Blinde Fleck

Spielfilm über das Oktoberfestattentat 1980. Ulrich Chaussy, der das Drehbuch mitgeschrieben hat, teilte nie die Einzeltäterthese der Ermittlungsbehörden und versuchte stets – auch heute noch – die wahren Hintergründe herauszubekommen. Ulrich Chaussy steht an dem Abend zu Fragen und zur Diskussion zur Verfügung
Mehr s. S. 30

Veranst.: Diakonisches Werk, Arbeitskreis Ausländer, Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus
Eintritt frei
Kino 8 1/2, Hannoversche Str. 30 e

Mi., 20. Mai, 19.30

Griechenland: Autoritäre Krisenpolitik und demokratischer Widerstand

Vortrag und Diskussion mit Dr. Gregor Kritidis, Hannover
siehe S. 19-20

Kino 8 1/2, Eintritt frei
Veranst.: RLC Celle

Kunst & Kultur

Mi., 08. April, 20.00

Delta Moon (USA)

Herzog-Ernst, Eintritt frei

Fr., 10. April, 20.00

Pure Desmond

Jazz mit Lorenz Hargassner (sax),
Johann Weiß (g), Christina Flohr (b),
Sebastian Deufel (dr)
Kunst & Bühne, AK 15,-

So., 12. April, 18.30

Mike Mok and the Em-Tones

Aimelys Fabrik Lounge, Eintritt frei

Mo., 13. April, 20.00

Jeff Jensen

Herzog-Ernst, Eintritt frei

Fr., 17. April, 20.00

Anne Haigis mit Songperlen

Hof Wietfeld, VVK 20,00

Fr., 17. April, 20.00

Hagen Rether

CD Kaserne, VVK 26,40 - AK 31,50

Sa., 18. April, 21.00

Cholera Tarantula (Verden)

Angebrachte Panik (Bremen)

Loser Youth (Hamburg)

Buntes Haus, AK 3,00

Mo., 20. und Di., 21. April, 20.00

Tim Michell Band (USA)

Herzog-Ernst, Eintritt frei

Fr, 24. April, 20.00

Open Stage

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Sa., 25. April, 15.00

Jugendjazztag

Kreistagssaal, Trift, Eintritt frei

So., 26. April, 20.00

Puhdys – Akustik-Tour

CD Kaserne, VVK 34,90 - AK 37,00

Mo., 27. April, 20.00

Hungry Cats (CAN)

Herzog-Ernst, Eintritt frei

Fr., 08. Mai, 19.00

Session mit Mondell Jazz Syncicate

Eintritt frei

Kunst & Bühne, Nordwall 46

Sa., 09. Mai, 19.00

Friday-Night-Trio

CD Kaserne, VVK 19,90 - AK 24,00

Mo., 11. Mai, 20.00

Todd Wolfe Band (USA)

Herzog-Ernst, Eintritt frei

Mi., 13. Mai, 20.30

Projekt Timeline

CD Kaserne, VVK 12,90 - AK 14,00

Sa., 16. Mai, 21.00

Honky Tonk

Kneipenfestival auf acht Bühnen
mit dabei u.a. das Trio „Greenhorns“
mit Irish Folk in Kunst & Bühne, „On
the Rocks“ im Täglich und die Salsa-
Latin-Band „Borinkuba“ im El Sueno
Eintritt für alle Veranstaltungen:
VVK 12,- €, AK 15,- €

Mo., 25. Mai, 20.00

Josh Smith (USA)

Herzog-Ernst, Eintritt frei

Fr, 22. Mai, 21.00

E-egal, Bug attack

Buntes Haus, AK: 3,-

Ständige Termine

Arbeitskreis „Eine Welt“

Jeden Mi. 19.00 Uhr

Weltladen

Zöllnerstr. 29

Weltladen Öffnungszeiten

Mo.-Fr. 10 - 17, Do. 10 - 18.30

Sa. 10 – 14 Uhr

Attac-Plenum

Jeden 3. Di. im Monat

20.00 Uhr in der DAA

Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

Jeden 2. Di. im Monat

19.30 Uhr, Buntes Haus,

Hannoversches Str. 30f

Umsonst-Laden

Jeden Di. und Do.,

17.00 – 19.00 Uhr

Buntes Haus

Bunt Sozial Gerecht e.V.

Erwerbslosenberatung

Mo. + Mi., 14 – 17.45 Uhr

Neustadt 52

Buntes Haus Plenum

Jeden Donnerstag, 19.00 Uhr

Buntes Haus

Hannoversches Str. 30f

Montagskneipe

Jeden Montag, 19.00 Uhr

Buntes Haus

Hannoversches Str. 30f

Homo Treff Celle

jeden 1. und 3. Mittwoch,

17.00 – 19.00 Uhr

Herzlich eingeladen sind alle
Lesben, Schwule, Transgender und
open-mind Heteros zum

Kennenlernen und
Erfahrungsaustausch

Buntes Haus

Hannoversches Str. 30f

Fr, 29. Mai, 20.00

Open Stage

CRI-Räume, Gelände der CDK,
Hannoversche Str. 30